



Maik Tändler

Armin Mohler und die intellektuelle Rechte in der Bonner Republik.
(Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 31)

Wallstein Verlag | Göttingen 2025
468 Seiten, gebunden | 38,00 €
ISBN 978-3-8353-5823-2

rezensiert von

Matheus Hagedorn, Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen

Armin Mohler (1920–2003) gilt bis heute als stilbildender Gründervater der bundesdeutschen Neuen Rechten. Fünf Jahre nach der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg prägte der in Basel geborene Wahldeutsche den bis heute selbst in der Wissenschaft notorischen Begriff »Konservative Revolution«.¹ Damit deklarierte er eine bunte Gruppe antidemokratischer Rechter in der Weimarer Republik zu einem vermeintlich vom Nationalsozialismus verschiedenen Denkmilieu. Diesen ideenpolitischen Kniff verstand er als Beitrag zu einer rechtsnationalistischen Neugründung Deutschlands inmitten von Entnazifizierung und Reeducation. Nach vier Jahren als Privatsekretär Ernst Jüngers von 1949 bis 1953 und einer Zeit als Korrespondent deutschsprachiger Medien in Paris wirkte Mohler als provokanter Publizist der äußersten Rechten und ab 1961 zugleich als Sekretär beziehungsweise (ab 1964) Geschäftsführer der renommierten Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung. Im Unterschied zu den Politik- und Sozialwissenschaften hat die Historiografie zur Erforschung dieses Komplexes bislang wenig beigetragen.²

Der Zeithistoriker Maik Tändler weitet in seiner Studie die Perspektive von der reinen Biografie auf die Untersuchung der Netzwerke, die Mohlers Ideologieproduktion ermöglichten und die er durch diese wiederum konsolidierte. In sieben Kapiteln rekonstruiert das Buch Mohlers politisches Wirken in den vier Jahrzehnten der Bonner Republik, wobei sich die ersten fünf Kapitel mit den 1950er- und 1960er-Jahren befassen. Diese Rekonstruktion bildet zugleich einen (teils sehr lose gehaltenen) roten Faden, um die Geschichte rechtskonservativer,

¹ Armin Mohler, Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950.

² Vgl. für die politikwissenschaftliche Forschung Margret Feit, Die »Neue Rechte« in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strategie, Frankfurt am Main/New York 1987.

nationalistischer und geschichtsrevisionistischer Organisationsversuche von und um Mohler zu erzählen.

Begriffsproblemen begegnet Tändler pragmatisch. Konservative seien alle, die sich selbst als solche bezeichnen oder von anderen als solche bezeichnet wurden. Das Adjektiv »rechtsradikal« sei wegen der Überfrachtung des Begriffs »rechtsextrem« der Begriff der Wahl für Akteure jenseits des demokratischen Konservatismus. Auch der Intellektuellenbegriff sei auf antidemokratische Autoren als wertneutrale Beschreibung anzuwenden, solange sie sich medial auf Gegenstände allgemeinen Interesses beziehen und in dieser Tätigkeit weithin anerkannt werden. Dieser tolerante heuristische Rahmen ist zweckdienlich, um eine vertiefte intellektuellengeschichtliche »Familienaufstellung« (Volker Weiß) zu leisten.³ Tändler folgt dabei den Spuren von Gruppenbildungen, Zwisten und Interventionsversuchen in den Publikationen wie in den privaten Korrespondenzen Mohlers und seiner Mitstreiter. Er untersucht entlang von Mohlers Netzwerkarbeit die offene Aushandlung von Positionen, die seit kurzem in Deutschland abermals zur Debatte stehen: Westbindung oder Neutralität mit Schlagseite nach Moskau, repräsentative Parteiendemokratie oder elektoraler Autoritarismus und nicht zuletzt Verdrängung oder Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Gerade die Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Juden erwies sich als zentraler Störfaktor für etliche ältere Mitstreiter Mohlers, die als NS-Funktionäre oft selbst tief in die Taten des Regimes verstrickt gewesen waren. Wenn aus diesem Lager eine oft nur nebulös definierte »Liberalisierung« Westdeutschlands beklagt wurde, war die Aufklärung über das NS-Unrecht stets mitgemeint.

Wissenschaftsgeschichtlich beispielhaft rekonstruiert Tändler, wie Kurt Sontheimers kritische Aufarbeitung der »Konservativen Revolution«, deren Träger dabei als Trommler des Führerstaats entlarvt wurden,⁴ vonseiten des Instituts für Zeitgeschichte beinahe verhindert worden wäre, während Mohler im Münchener Institut seine Fürsprecher hatte. Er widerlegt die von Mohlers Adepten und Biografen Karlheinz Weißmann gestreute Legende des steten akademischen Außenseiters. Mohlers Hoffnung, sowohl rechtsradikales *Enfant terrible* als auch bürgerlicher Professor sein zu können, zerschlug sich tatsächlich erst um 1967. Ebendann wurde bekannt, dass er nach einem illegalen Grenzübertritt von der Schweiz in das Deutsche Reich 1942 in die Waffen-SS hatte eintreten wollen. Eine Vernichtung seiner bürgerlichen Existenz musste Mohler deswegen nicht befürchten, wie seine ungefährdete Position als Wissenschaftsmanager in München und die fortgeführten Kontakte zum CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß eindrucksvoll belegen.

Mediengeschichtlich gehaltvoll bereitet Tändler die soliden Karrierewege einer antiliberal-rechten Autorenkohorte um Mohler auf, die in auflagenstarken Medien wie »Die Welt«, »Die Zeit«, »Stern« sowie »Christ und Welt« zunächst mit einiger Beinfreiheit für konservative, nationalistische und autoritäre Politik eintreten konnte. Quellennah und doch anschaulich erklärt er aber auch den Einflussverlust dieser Kohorte seit Mitte der 1960er-Jahre, der weniger von linker als vielmehr von liberalkonservativer Seite herrührte. Der wichtigste Kampfplatz war der Axel Springer Verlag, der trotz wichtiger Fürsprecher doch nicht zur politisch-publizistischen Heimat der rechtsnationalen Autoren wurde. Immerhin, die Kooperation zwischen Mohler und der »Welt« sollte, ungeachtet von Mohlers teils antisemitischen Wutausbrüchen gegen den proisraelischen Mutterkonzern der Zeitung, bis in die 1990er-Jahre nicht komplett abreißen. Dennoch, der Gegenwind wurde zusehends rauer. Tatsächlich hatte sich bereits vor dem mythisch verklärten Jahr 1968 der bürgerliche Meinungskorridor zu Mohlers Ungunsten verschoben. Dies veranlasste den Aufbau unabhängiger rechtsintellektueller Medien, darunter die Zeitschrift »Criticón«. Mohler kultivierte dort gemeinsam mit seinem engen Freund Caspar von Schrenck-Notzing einen antiliberalen, nationalistischen und überwiegend antiwestlichen

³ Volker Weiß, *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlands*, Stuttgart 2017, S. 15–38.

⁴ Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München 1962.

Konservatismusbegriff. Damit entwickelten sie ein Modell für das heute emsige politisch-publizistische Vorfeld der AfD.

Tändler fächert ein heterogenes Milieu auf, für das der politische Deutungskampf gegen westliche Demokratisierung kennzeichnend war und in dem nationalsozialistische Altrechte und sogenannte Neue Rechte allzu oft nicht klar unterschieden werden konnten. Die Darstellung zeigt, dass sich manche Allianzen und Zerwürfnisse nicht aus geteilten oder gegensätzlichen politischen Ideen ergaben, sondern schlicht aus persönlichen Befindlichkeiten und habitueller Streitsucht. Mohlers Radikalisierung nach 1967 erscheint bei Tändler als Rückzugsgefecht gegen jene »Vergangenheitsbewältigung«, die er und seine Mitstreiter als Kastration des deutschen Nationalismus empfanden. Darin zeigte sich eine wichtige Bruchlinie zwischen dem Liberalkonservatismus und dem antiliberal-nationalistischen Netzwerk um Mohler. An seine Grenzen stieß der Meinungspluralismus innerhalb der »rechten« Szene bezeichnenderweise etwa dann, wenn der antikommunistische, jüdische Remigrant William Schlamm allzu stark an der Westbindung der Bundesrepublik festhielt. Ein von Mohler und Schlamm avisiertes Zeitschriftenprojekt versandete unter anderem infolge dieser Streitfrage.

Um die von Mohler um 1980 begeistert aufgenommene »Konjunktur des Nationalen« (Axel Schildt) zu deuten, greift Tändler die polemische zeitgenössische These von Wolfgang Pohrt auf, die westdeutsche Friedensbewegung sei eine »deutsch-nationale Erweckungsbewegung« gewesen.⁵ Unfreiwillig habe sie, so Tändler, »den Heimatdiskurs der Ökologiebewegung und den antikolonialen Befreiungsdiskurs amalgamierend« (S. 380), den deutschen Nationalismus in einer Weise normalisiert, wie es die rechte Publizistik nie vermocht hätte. Sich auf solche unverhofften Gelegenheiten zu stürzen und sie zur politischen Waffe für die eigene autoritäre Agenda zu machen, war der Kern von Mohlers Diskursstrategien und ist bis heute prägend für die Neue Rechte. Dass das zwischenzeitlich beeindruckend weite Netzwerk um Mohler bei der stets herbeigesehnten deutschen Vereinigung jedoch nur Zuschauer war, verdeutlicht zugleich den begrenzten Erfolg seiner jahrzehntelangen politisch-publizistischen Arbeit.

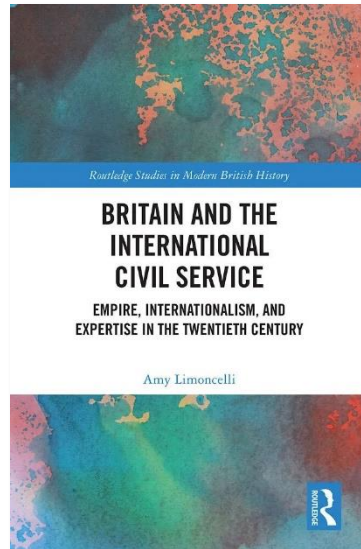
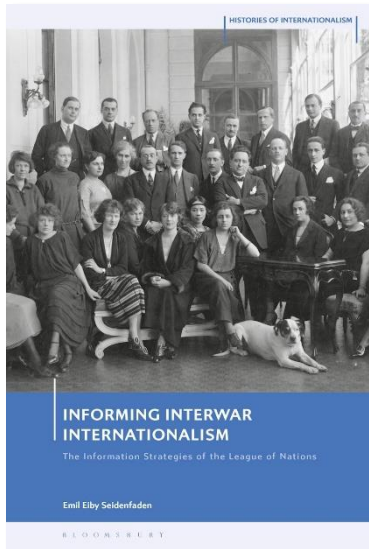
Tändler zeigt plastisch Ambition und Scheitern der politischen Subkultur um Mohler und liefert damit eine engmaschige Zeitgeschichte der intellektuellen Rechten an der Schnittstelle von Medien-, Wissenschafts-, Ideen- und Intellektuellengeschichte. In zwei Bereichen bleiben allerdings Leerstellen. Eine ergibt sich aus dem begrenzten Anspruch des Buchs, nur Mohlers Wirken in der Bundesrepublik zu analysieren. Mohlers acht Jahre als Pariser Korrespondent werden, auch wegen der dürftigen Quellenlage, kaum erschlossen. Die andere Leerstelle entsteht, weil das Buch Mohlers Beiträge für den deutschen Rundfunk nicht aufnimmt, obwohl dieser hier bis Anfang der 1980er-Jahre ein großes Publikum erreichen konnte. Diese Forschungslücke könnte mithilfe des SWR-Rundfunkarchivs bald geschlossen werden.

Insgesamt aber behebt das Buch etliche Desiderate der zeithistorischen Forschung. Tändler gelingt auf breiter Quellenbasis eine so gründliche wie analytisch souveräne Rekonstruktion der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit der intellektuellen Rechten. Das Buch ist zudem glänzend geschrieben, was angesichts der vielen auftretenden Personen und der weit gespannten politisch-publizistischen Kontexte eine besondere Leistung ist. Tändler setzt damit einen hohen Standard, an dem sich künftige Studien zur rechtsintellektuellen Publizistik messen lassen müssen.

Zitierempfehlung

Matheus Hagedorn, Rezension zu: Maik Tändler, Armin Mohler und die intellektuelle Rechte in der Bonner Republik, Wallstein Verlag, Göttingen 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82117.pdf>> [21.1.2026].

⁵ Vgl. Axel Schildt, Die Renaissance der Nationalen Frage in den 1980er Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 65, 2025, Heft 46, S. 19–25; Wolfgang Pohrt, Ein Volk, ein Reich, ein Frieden. Über die Friedensbewegung und das neue, alte Heimatgefühl, in: Die Zeit, 31.10.1981.



Emil Eiby Seidenfaden

Informing Interwar Internationalism.
The Information Strategies of the League of Nations
(Histories of Internationalism)

Bloomsbury Academic | London 2024
224 Seiten, Hardcover | £76.50
ISBN 9781350382121

Amy Limoncelli

Britain and the International Civil Service.
Empire, Internationalism and Expertise in the Twentieth Century
(Routledge Studies in Modern British History)

Routledge | London/New York 2024
176 Seiten, Hardcover | 156,00 €
ISBN 9781032646541

reviewed by

Christina Sigrid Schlaich, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

The still-burgeoning research field of international relations and new internationalism has produced an extensive body of literature over the past two decades. Competing and cooperating variants of internationalism, such as liberal internationalism, are among the most critical topics, which have recently been discussed less in terms of international versus national

tensions, but rather in the context of inter-imperial and inter-colonial relations.¹ Recent scholarship has identified a highly heterogeneous group of actors promoting various forms of internationalism, including pacifists, anti-colonial nationalists, or experts from a wide range of disciplines, whose networks have become increasingly concentrated in international organizations. As the successor to the League of Nations, the United Nations (UN) is regarded as a tangible forum and platform for competing models of world order, as well as a lens through which to view new forms, practices, and instruments of (often asymmetric) inter- and trans-national cooperation and governance.² The two books discussed here can also be placed within this complex field.

Emil Eiby Seidenfaden's book, based on his PhD thesis at Aarhus University in 2019, deals with the information strategies of the League of Nations' Information Section between 1919 and 1946. It shows that the »public legitimization strategies« (p. 154) of the League of Nations' Information Section incrementally resulted in »internationalism in practice« (p. 1), but were embedded into a »triangle of tensions« (p. 154). The three factors that had to be balanced differently, depending on the specific circumstances, were: firstly, competing conceptualizations of the »public« that had to be addressed and mobilized; secondly, the unclear degree of the League's agency within the international system; and thirdly, questions regarding legitimate methods of promoting the League without resorting to the ambiguous, dazzling concept of »propaganda«.

The book's first part covers the »golden age« (p. 24) of the Information Section, which Seidenfaden dates from 1919 to 1933. Solid financial resources and a multinational staff led by the first director, Pierre Comert, and his second-in-command, Arthur Sweester – who strove to secure open diplomacy and keep internationalism alive – contributed to the Information Section's »key position in the [League's] Secretariat« (p. 153) during this phase. In addition, the actors in the Information Section shared a dual understanding of »public« that guided their actions from the outset: one layer of meaning referred to the general public and »the man on the street«, while the other, more dominant layer was aimed at the political, cultural, and educational elites. In order to reach the »public«, the Information Section relied on the concept of »cooperative publicity« (p. 51), which was never explicitly formulated. In addition to liaising with intellectuals, activists, and public figures, collaboration with the Geneva press corps and the general press was crucial for disseminating the League's changing messages. The Information Section provided these intermediaries with information that emphasized »neutrality« and facts, with the intention of preventing any appearance of »propaganda« at all costs.

The intertwining of the global economic crisis, growing tensions in international relations, and the associated loss of legitimacy of the League of Nations, as well as the breakthrough of new communication technologies in the form of broadcasting and film, provided the impetus for a restructuring of the Information Section in 1933–34, which is dealt with in the second part of the book. Overall, this not only resulted in a reduction in the scope and size of the Information Section but also in »a whole new climate of centralisation and surveillance« (p. 104). The modes of communication and the thematic and rhetorical design of information materials were also subject to change in the early and mid-1930s. What was new was not only a »partial retreat to aesthetics« and a »systematically constructed league symbolism« (p. 131), but also a shift in focus to technical issues and a laboured crisis rhetoric that permeated the publications and portrayed the League as a preventative force against a possible new world conflict. In a sense, this restructuring was quite sustainable, as Seidenfaden convincingly argues in a final analysis of the League's and its Information Section's legacy. Despite their designs for a new

¹ Cf. *Tokomo Akami*, *Liberal Internationalism Reconsidered: Inter-Imperialism, Liberalism, and the League of Nations in Asia and the Pacific*, in: *Christopher R. Hughes/ Hatsue Shinohara* (eds.), *East Asians in the League of Nations. Actors, Empires and Regions in Early Global Politics*, Singapore 2023, pp. 11–36.

² Cf. *Thomas Bottelier/Jan Stöckmann* (eds.), *Instruments of International Order. Internationalism and Diplomacy, 1900–50*, Manchester 2024.

international organization differing in several respects, former leading officials of the Information Section were able to exert a formative influence on the committees responsible for establishing the UN Department of Public Information between 1942 and 1946, due to their experience in the League, as well as a specific, more diverse conception of »public opinion« and media infrastructure.

The central added value of Seidenfaden's work lies above all in the careful compilation and evaluation of source material, which allows the author to gain differentiated insights into the modes and techniques of communication as well as legitimization strategies in the midst of the tensions between »propaganda«, »public opinion«, and internationalism – for example, the examination of the subtle shifts in the League's approach to »public opinion« in the 1920s is particularly convincing. By highlighting the numerous areas of tension in which the Information Section had to operate, Seidenfaden succeeds in adding complexity to the picture of the League of Nations and largely dispels the assumption that it was a unified actor.

In some instances, however, the author's strong focus on internal developments is problematic, for example, when he identifies the League's »administrative and political infrastructure« (p. 6) as decisive in conceptualizing the role of the Information Section vis-à-vis public opinion. Here, as elsewhere, one could have wished for a broader historicization of the key terms »public opinion« and »propaganda«. For example, it would be worth asking whether and to what extent the strategies he identified in the Information Section reflected, followed, or deviated from transnational debates and uses of these terms, particularly in Great Britain and France, given the overrepresentation of British and French civil servants in the Information Section.³ Although Seidenfaden's analytical focus is legitimately placed on the halls of Geneva, it would have been beneficial to occasionally seek information on the feedback and learning effects that arose among the actors in the Information Section in response to the impact, or lack thereof, of the »message from Geneva« on specific target groups. But despite these criticisms, the book represents an essential contribution to research. Seidenfaden expands our understanding of liberal internationalism by revealing further facets of this »open-ended set of ideas« (p. 158) and the associated practices. At the same time, the book serves as an essential reference work for further studies that explore the intersection of journalism, public communication, and diplomacy, thereby challenging the assumption of a monolithic interwar period.

Amy Limoncelli's monograph, which also takes an actor-oriented approach, examines the legacies of British internationalism as it was carried on by British government officials in the League of Nations' and the UN's International Civil Service between the 1920s and the 1970s. As the decisive lines of continuity between the League and the UN she identifies the linkage between »the idea of the 'truly international' secretariat [...], its basis in the British civil service« (p. 148), and the »core ideas of expertise and neutrality« (p. 3), which served as a leitmotif to cloak the expansive orientation of British foreign policy on the international stage.

Entirely consistent with previous research, Limoncelli argues, that these core ideas were able to influence the technical fields of action that the League of Nations opened up. By building on the path dependencies of the British Empire since the 19th century, this intellectual influence was intertwined with a high quota of British servants in the international staff of the League Secretariat, notably with the British Secretary-General Eric Drummond as a key figure in this phase. As the author points out, in both the inter-Allied wartime planning and the planning of the UN Preparatory Commission in 1945, the British representatives were able to draw on the wealth of experience of the British international civil servants in the League of Nations, accumulated up to 1939, as well as on the League's administrative and technical infrastructure. For the second time after 1918/19, and despite changed conditions brought about by decolonization, the British were able after 1945, to exert a significant influence on

³ Cf. for transnational contexts *Daniel Hucker*, *Public Opinion and Twentieth-Century Diplomacy. A Global Perspective*, London 2022; cf. esp. for the British case *Scott Anthony*, *Public Relations and the Making of Modern Britain. Stephen Tallents and the Birth of a Progressive Media*, Manchester 2012.

the shaping of the post-war order with their specific version of internationalism and by filling essential posts in the administration of international organizations. With Gladwyn Jebb, a Briton became the first acting secretary-general of the UN. In contrast, the UN's move from London to New York in 1946 marked a significant decline in the British Foreign Office's influence. Here, as elsewhere, the asymmetrical comparisons Limoncelli draws to advance her argument would have been even more astute if they had been explained in more detail rather than merely hinted at.

The author also explores how and to what extent the »drastic« (p. 16) loss of British influence between 1947 and 1960 came about as a result of the Cold War, the predominance of the United States, and the growing strength of anti-colonial advocacy in the UN. This, as Limoncelli points out, was accompanied by a change in perception within the Foreign Office and among British officials, such as those in the influential Chatham House think tank, who no longer viewed the UN only as an opportunity to preserve imperial legacies but also »as both an important priority and a potential opponent« (p. 91). However, even in the 1960s, termed by the author as the »Development Decade«, the »public relations« plan with which the British government responded, hoping to present itself as »a benevolent expert rather than an empire« (p. 98), had little effect, according to Limoncelli, as competition for positions in the international civil service had reached a significantly higher level by then. Subsequently, Limoncelli turns her attention to the 1970s and asks to what extent these years represented a »radical shift« (p. 127) in the British approach to the international civil service. As she describes, the expansion of the UN to include members from the Global South led to further shifts in the balance of power in decision-making processes and the composition of committees and commissions. This resulted in a threefold loss of influence for the United Kingdom within the international civil service: a loss of significance of the idea of British liberal internationalism, a quantitative loss of the overrepresentation of British civil servants in the administration of the UN, and a qualitative loss in terms of experience, which was mainly a consequence of the retirement of the first generations of international civil servants.

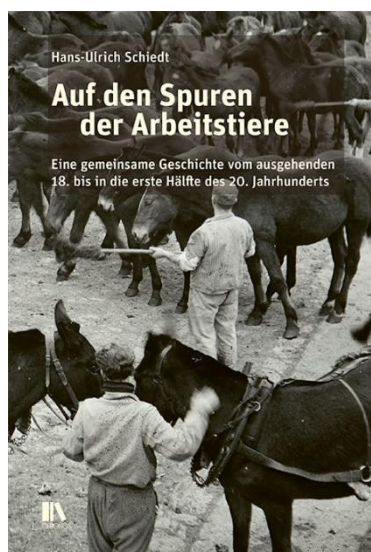
Limoncelli's work is especially convincing in its detailed biographical case studies of British civil servants both in the League, respectively the UN, and in the British Foreign Ministry, which highlight the perceptions, motives, and expectations that influenced the designing and staffing of the international services. But, although the study is based on solid archival evidence, its findings are occasionally descriptive and in part come as little surprise when contrasted with the panorama of other recent research. Limoncelli's key finding that the League of Nations and the UN served »as vehicles to support global political stability, communication, and economic links, goals shared by the British Empire« (p. 4) is not as »forgotten« (p. 47) as she claims, but has already been established to a certain extent by previous studies on the various constellations and stages in which decolonization and the British withdrawal from its empire took place.⁴ Furthermore, little attention is paid by the author to the extent to which British actors in the international civil service exploited the new fields of action that emerged from overarching processes, such as the Cold War and Decolonisation, to further British interests. Recent research, not yet covered in Limoncelli's book, has identified topics such as the environment and gentrification as worthwhile areas of investigation.⁵

⁴ Cf. Mark M. Mazower, *No Enchanted Palace. The End of Empire and the Ideological Origins of the United Nations*, Princeton 2009; Susan Pedersen, *The Guardians. The League of Nations and the Crisis of Empire*, Oxford 2015; Jamie Martin, *The Meddlers. Sovereignty, Empire, and the Birth of Global Economic Governance*, Cambridge 2022.

⁵ Cf. recently Giusi Russo, *The UN and the Colonial World: New Questions and New Directions*, in: *Journal of Contemporary History* 57, 2022, pp. 212–217.

Zitierempfehlung

Christina Sigrid Schlaich, Doppelrezension zu: Emil Eiby Seidenfaden, *Informing Interwar Internationalism. The Information Strategies of the League of Nations*, Bloomsbury Academic, London 2024; Amy Limoncelli, *Britain and the International Civil Service. Empire, Internationalism and Expertise in the Twentieth Century*, Routledge, London/New York 2024, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82118.pdf>> [18.1.2026].



Hans-Ulrich Schiedt

Auf den Spuren der Arbeitstiere.
Eine gemeinsame Geschichte vom ausgehenden
18. bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts

Chronos Verlag | Zürich 2024
340 Seiten, gebunden | 48,00 €
ISBN 978-3-0340-1764-0

rezensiert von

Jadon Nisly-Goretzki, Universität Kassel

Bereits vor über zwanzig Jahren hielt der US-amerikanische Sozialhistoriker und Aktivist Jason Hribal ein provokantes Plädoyer für die Bedeutung tierlicher Arbeit als zentraler Kategorie (nicht nur) der Tiergeschichte: »Animals are part of the working class«.¹ Wie bei menschlichen Arbeitenden sah er tierliche Arbeitsverweigerung vorrangig als Ausdruck von Widerstand und also als Agency. Tierliche Arbeit nimmt auch sonst in den Human-Animal Studies einen wichtigen Platz ein, sehr prominent beispielsweise bei Donna Haraway. Auch bei dem französischen Tierhistoriker Éric Baratay spielen Arbeitstiere eine große Rolle, entsprechend ist er eine wichtige Inspiration in der vorliegenden Studie.² Insgesamt aber sind Geschichten von arbeitenden Tieren auch in der Tiergeschichte immer noch selten. Meist werden arbeitende Tiere nur populärwissenschaftlich oder in Begleitbänden zu Museumsausstellungen behandelt. Selbst das in der englisch- und französischsprachigen Forschung gut beforschte Thema städtischer Pferdearbeit im Industriezeitalter wurde im deutschsprachigen Raum bisher nur selten monografisch behandelt, und dann am ehesten durch Impulse aus benachbarten Disziplinen wie der Europäischen Ethnologie.³ Insbesondere zu landwirtschaftlich genutzten arbeitenden Tieren gibt es wenige wissenschaftliche Projekte. Vermutlich war ihre Arbeit lange Zeit zu selbstverständlich, um mehr Interesse zu wecken. Die oft schwierige Quellenlage hat sicher auch nicht geholfen.

Das vorliegende Buch des Schweizer Verkehrshistorikers Hans-Ulrich Schiedt ist ein erster und sehr gelungener Versuch, diese große Forschungslücke zu füllen. Die Studie ist auf die Schweiz

¹ Jason Hribal »Animals are part of the working class«. A Challenge to Labor History, in: Labor History 44, 2003, S. 435–453.

² Vgl. Donna Haraway, When Species Meet, Minneapolis 2008; Éric Baratay, Bêtes de Somme. Des Animaux au Service des Hommes. Paris 2008.

³ Vgl. Jutta Buchner, Kultur mit Tieren. Zur Formierung des bürgerlichen Tierversständnisses im 19. Jahrhundert, Münster 1996; vgl. für die englischsprachige Forschung Clay McShane/Joel A. Tarr, The Horse in the City. Living Machines in the Nineteenth Century. Baltimore 2007.

beschränkt, soll aber nicht einen »helvetischen Sonderfall« (S. 15) behandeln, sondern gesamteuropäische Entwicklungen aufzeigen. Die Schweiz lohnt sich in mehrfacher Hinsicht als Fallbeispiel, etwa aufgrund ihrer geografischen Diversität und sprachlichen Vielfalt. Letztere ermöglicht es Schiedt, zugleich französische und deutsche wissenschaftliche Diskurse in den Blick zu nehmen. Schiedt liefert damit eine wichtige Ergänzung zur Geschichte städtischer Pferdearbeit aus mitteleuropäischer Perspektive, darüber hinaus aber auch eine erste systematische Analyse der Nutzung von anderen Tieren. Ohne die Ausweitung des Arbeitsbegriffs (etwa auch auf Milchkühe) in den Human-Animal Studies grundsätzlich infrage zu stellen, definiert er für seine Studie Arbeitstiere in erster Linie als Lieferanten von Bewegungsenergie. Laut seiner ersten Hauptthese waren die so definierten Arbeitstiere keineswegs »vormoderne Relikte« (S. 14), sondern im Gegenteil wichtige Akteure und Mitgestalter unterschiedlichster Modernisierungsprozesse. Daraus ergibt sich seine zweite Hauptthese: die Landwirtschaft lieferte nicht nur Rohstoffe, sondern auch Bewegungsenergie. Dies wurde seiner Meinung nach in den entsprechenden Disziplinen bisher zu wenig beachtet.

In einem einleitenden Kapitel liefert der Autor vielfältige Impulse zu den komplexen und kontingenten Wechselwirkungen zwischen Kulturen der Arbeitstiere und verschiedensten Raumordnungen. Schiedt betont, dass kein Raumdeterminismus vorhanden war, auch wenn es durchaus Tierarten gab, die für bestimmte Topografien besonders geeignet waren, wie beispielsweise aufgrund ihrer Trittsicherheit Maultiere, Esel und Rinder im Gebirge. Auch die gängige sozialgeschichtliche Zoneneinteilung der Schweizer Landwirtschaft korrespondiert nicht genau mit der räumlichen Verbreitung spezifischer Arbeitstiere. Schiedt nimmt jedoch eigene räumliche Unterteilungen vor, etwa die Unterscheidung von Bearbeitung und Erschließung der Fläche. Zur ersteren gehören auch die Tieraufzucht und die Futterproduktion. Hieran knüpft er im Hauptteil Analysen beispielsweise zum Anstieg von Jungpferd- und Haferimporten im Rahmen der Industrialisierung an.

Als Überblick über alle Arbeitstiere in der Schweiz konzipiert, ist der Hauptteil des Buchs entsprechend nach Tierarten in fünf Hauptkapitel gegliedert – Pferd, Esel, Maultier, Hund und Rind –, die aber im Detail unterschiedlich aufgebaut sind. Nur bei den Pferden gibt es einen längeren Abschnitt über Schläge, Typen und Rassen, während die Organisation des Saumtiertransports in den Alpen sowohl bei den Pferden als auch bei den Maultieren behandelt wird und das Schlachalter etwa nur bei den Rindern. Allgemein wirken die Kapitel ungleichgewichtig. Die Pferde werden nicht nur zuerst behandelt, sondern nehmen auch mit Abstand am meisten Raum ein – fast doppelt so viel wie die Rinder. Wie Schiedt konstatiert, wurde Pferden zeitgenössisch am meisten Aufmerksamkeit gewidmet. Aber Status und Prestige können die Reihenfolge nicht allein erklären, denn die Besitzer*innen von Zugrindern genossen eindeutig mehr Ansehen als die Besitzer*innen von Zughunden. Auch wirtschaftlich besaßen Pferde kaum einen eindeutigen Vorrang: Die arbeitenden Rinder waren zu jeder Zeit die mit Abstand zahlreichsten Arbeitstiere in der Schweiz. Wie Schiedt selbst anhand der Zughunde beschreibt, spiegelt sich die kulturelle Hierarchisierung der Arbeitstiere natürlich auch im Überlieferungsumfang des Quellenmaterials wieder (S. 222). Ob dieses Ungleichgewicht allerdings in der Strukturierung der Forschung auch noch reproduziert werden sollte, ist eine andere Frage.

Ein besonderes Highlight der Arbeit ist die Verwendung zahlreicher fotografischer Quellen aus dem Berner Archiv für Agrargeschichte, dessen Mitarbeiter Schiedt seit 2020 ist. Damit werden rund zwei Jahrzehnte intensiver Sammlungsarbeit fruchtbar gemacht. Die Fotos dienen keineswegs nur der Ausschmückung, sondern werden auch in die Analyse miteinbezogen, unter anderem mit hilfreichen Hinweisen in den Bildunterschriften. Wie Schiedt konstatiert, können Fotografien auf Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Tier und Mensch hinweisen, die kaum Eingang in schriftliche Quellen finden, auch wenn, wie er betont, die Fotografien keineswegs einfach die Realität abbilden (S. 19). Insbesondere bei den Arbeitstieren sozial benachteiligter Gruppen, zum Beispiel bei Zughunden, können Fotografien von Straßenszenen die spärlichen schriftlichen Quellen gut ergänzen.

Insgesamt ist die Quellenvielfalt der Studie beachtlich, in vielem als Ergebnis der Zusammenarbeit des Autors mit seinen Kolleg*innen im Archiv für Agrargeschichte. Entsprechend schreibt Schiedt einleitend von »wir« und »uns« (S. 11). Neben zeitgenössischer Fachliteratur und Statistik werden aufschlussreiche handschriftliche Quellen hinzugezogen, wie etwa das Rechnungsbuch eines ländlichen Fuhrhalters aus den Jahren 1854 bis 1863 oder Unterlagen aus einem städtischen Betrieb, in denen alle Pferde des Betriebs zwischen 1881 und 1922 mit Namen und Fotos verzeichnet wurden.

Das Spannungsverhältnis zwischen Partnerschaft und Ausbeutung im Verhältnis von Mensch und Tier tritt bei Arbeitstieren sicherlich am offensichtlichsten auf. Schiedt geht vorsichtig, aber gewinnbringend, mit diesem zentralen Widerspruch in den Beziehungen von Mensch und Nutztier um. Ob die Tiere Fleisch, Milch, Eier oder Zug- und Tragkraft produzierten – stets entwickelten sich höchst ambivalente Beziehungen mit ihren menschlichen Mitarbeitenden. Bei der Rinderanspannung produzierten die Tiere oft auch Milch und fast alle Rinder lieferten am unnatürlich frühen Ende ihres Lebens Fleisch. Dadurch gewannen die Beziehungen der Menschen zu einer Zugkuh oder einem Zugochsen eine kompliziertere Dimension als die zu einem Pferd. Leider gibt es im Untersuchungszeitraum der Arbeit kaum Quellen aus der Perspektive von Rinderhalter*innen, aber Schiedt verwendet sehr differenziert eine Reihe anderer Quellen, um sich dem Thema anzunähern.

Insgesamt ist das Buch eine beeindruckende Synthese. Schiedt verarbeitet eine Fülle eigener Forschungsergebnisse im Dialog mit Thesen aus der sehr heterogenen Forschungsliteratur. Somit erweitert Arbeit nicht nur die Perspektive der Tier- oder Verkehrsgeschichte, sondern ist als Einführung in ein zentrales historisches Arbeitsverhältnis auch für die Geschichte der Arbeit insgesamt und für die allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von großem Interesse.

Zitierempfehlung

Jadon Nisly-Goretzki, Rezension zu: Hans-Ulrich Schiedt, Auf den Spuren der Arbeitstiere. Eine gemeinsame Geschichte vom ausgehenden 18. bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, Chronos Verlag, Zürich 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82119.pdf>> [19.1.2026].



Mike Schmeitzner

»Kaltblütiger Mord«?

Die Reichswehr und das Freiburger Blutbad 1923

Leipziger Universitätsverlag | Leipzig 2025

220 Seiten, Broschur | 22,00 €

ISBN 978-3-96023-624-5

rezensiert von

Axel Weipert, Berlin

An Krisen und dramatischen Ereignissen herrschte im Deutschen Reich 1923 wahrlich kein Mangel: Ruhrbesetzung, Hyperinflation und Hungerkrawalle prägten dieses düstere Jahr. Hinzu kam eine ganze Reihe an blutigen Auseinandersetzungen, von denen der Hamburger Aufstand und der Hitlerputsch in München nur die bekanntesten sind. Weitgehend vergessen ist dagegen der 27. Oktober 1923 in der sächsischen Provinzstadt Freiberg – dabei war der Blutzoll hier mit 29 Todesopfern und etwa 80 Verletzten beträchtlich. Gut 100 Jahre nach dem »Freiburger Blutbad« möchte der Dresdner Historiker Mike Schmeitzner dieses Ereignis wieder in Erinnerung rufen. Der ausgewiesene Kenner der sächsischen Landesgeschichte sucht dazu nicht allein den Ablauf des 27. Oktober auf umfangreicher Archiv- und Literaturbasis zu rekonstruieren, er will darüber hinaus auch den Kontext sowie die anschließenden Deutungen und Erinnerungen an dieses Ereignis herausarbeiten; allein diese Nachgeschichte nimmt rund die Hälfte des Buchumfangs ein. Wie Schmeitzner einleitend bemerkt, gibt es bis heute keinen Forschungskonsens zum Freiburger Blutbad, die Interpretationen weisen noch immer große Unterschiede auf (S. 9). Mehrere Leitfragen strukturieren seine Studie: Was geschah an jenem Tag genau? War es Notwehr, Mord oder schlicht eine nicht intendierte Tragödie? Wer agierte mit welchen Motiven und wie ordnet sich das Ereignis in die größeren historischen Zusammenhänge ein?

Der Autor breitet zunächst die politischen Umstände aus, vor deren Hintergrund sich das Geschehen ereignete: die fundamentale Krise im Reich, die Sonderrolle Sachsens mit ihrer kurzlebigen Zusammenarbeit von SPD und KPD unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Erich Zeigner und die Antwort der Reichsregierung darauf. Diese fiel sehr hart aus. Im Rahmen der Reichsexekution wurde die Reichswehr in den Freistaat entsandt und diese ging vor Ort hart gegen Widerstände vor. Zugleich zeigt Schmeitzner bemerkenswert wenig Verständnis für den Linkskurs der sächsischen Landesregierung unter Zeigner, die sich daranmachte, viele Versäumnisse der Revolutionszeit zumindest regional nachzuholen. Das

betrifft beispielsweise die Schulpolitik, aber auch die überfällige Reform der Landespolizei. Zum Verhängnis wurde Zeigner aber insbesondere, dass er scharfe Kritik an der Reichswehr äußerte und sich so die Reichsregierung in Berlin sowie die regionale Armeeführung in Sachsen zu Gegnern machte. Die offizielle Aufnahme mehrerer Kommunisten in das Dresdner Kabinett bildete dann den finalen Auslöser für seine Absetzung. Gewiss, die KPD spielte ein doppeltes Spiel, indem sie einerseits erstmals in eine Regierung eintrat, andererseits aber auch auf einen bewaffneten Aufstand hinarbeitete. Dennoch bleibt die Frage, ob nicht eine andere Lösung möglich gewesen wäre und Sachsen gemeinsam mit Thüringen den Anstoß hätte liefern können, wichtige Strukturreformen auch auf Reichsebene entschlossen anzugehen.¹

Freiberg blieb von diesen Konflikten nicht unberührt. Durch das Ende des Freiburger Bergbaus befand sich die Stadt schon länger in einer wirtschaftlichen Krise, die sich 1923 weiter zuspitzte. Dabei zeigte sich lokal eine starke Polarisierung: Nicht zuletzt durch die örtliche Bergakademie hatte die Stadt eine eher bürgerliche Kontur mit starken rechten Parteien. Teile der Bevölkerung tendierten zur jungen NSDAP. Als Zeitfreiwillige strömten die Bergstudenten außerdem in die lokale Reichswehr, was sich noch als fatal erweisen sollte. Auf der anderen Seite gab es eine beachtliche organisierte Arbeiterbewegung, die mehrheitlich zur SPD neigte und zugleich eine davon weitgehend unabhängig agierende radikalere Protestbewegung der Erwerbslosen, die ihrem Unmut wiederholt durch direkte Aktionen Luft machte und von Schmeitzner etwas fraglich als »syndikalistische Strömung« (S. 196) klassifiziert wird.

Geradezu minutiös, gut nachvollziehbar und dabei sorgfältig die einzelnen Aussagen abwägend, zeichnet Schmeitzner dann den Ablauf am 27. Oktober nach, unterstützt durch hilfreiche Lageskizzen. Er kann überzeugend herausarbeiten, dass es im Grunde zwei getrennte, wenngleich verbundene Ereignisse gab. Zunächst traf eine überforderte kleine Truppe der Reichswehr mit teils gänzlich unerfahrenen Soldaten auf eine große, emotional aufgewühlte Menschenmenge. Diese war einem lokalen Aufruf zum Generalstreik gefolgt, der sich gegen die militärische Präsenz in der Stadt richtete. Handgreiflichkeiten und insbesondere die Misshandlung eines jungen Soldaten führten hier zu einer initialen Salve vonseiten der Reichswehr; die ersten Todesopfer blieben auf dem Pflaster. Ein zeitlich nachgelagerter zweiter Einsatz brachte weitere Tote – nun konnte von irgendeiner Form von Notwehr freilich keine Rede mehr sein, was schon dadurch belegt ist, dass die Reichswehr keinerlei Verletzte mehr zu beklagen hatte. Wahrscheinlich schossen die Soldaten nun sogar sofort und ohne Vorwarnung scharf. Auffällig ist in der dem Buch beigelegten Liste der toten und schwerverletzten Demonstranten, dass sie nahezu alle Angehörige der Arbeiterschaft und meist eher jünger waren sowie aus Freiberg beziehungsweise der näheren Umgebung stammten. Umgekehrt hatte die Armee lediglich vier Verletzte zu versorgen.

Direkt im Anschluss an das Ereignis begann der Kampf um seine Interpretation. Rasch gelang es der Reichswehr, im Zusammenspiel mit der bürgerlichen Presse die Deutungshoheit zu erlangen. Ein Untersuchungsausschuss des sächsischen Landtags brachte zwar einzelne Erkenntnisse, ein abschließender Bericht wurde aber nie vorgelegt. Die offizielle Aufarbeitung fiel letztlich politischen Rücksichten zum Opfer. Die bürgerlichen Parteien stellten sich hinter die Armee und deren Darstellung, die SPD wollte die neue Koalition mit DDP und DVP nicht platzen lassen und die KPD publizierte ihrerseits ebenfalls einen stark politisch gefärbten Bericht. Die Blockadehaltung der Militärführung zeigte sich darin, dass sie Reichswehrangehörige nicht vor dem Untersuchungsausschuss aussagen ließ und auch selbst keinerlei Anstalten machte, juristisch oder disziplinarisch gegen Uniformträger vorzugehen. Vielmehr behauptete sie, die Truppe sei aus der Menge heraus beschossen worden, unter anderem auch mit Maschinengewehren. Zumindest letzteres ist sicher unzutreffend. Ob von einzelnen Demonstranten Handfeuerwaffen abgefeuert wurden, blieb umstritten. Gerichtsprozesse fanden ausschließlich gegen Demonstranten statt, die teils zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Bemerkenswert ist, dass sich zwar zunächst mit Ottomar

¹ Vgl. dazu lesenswert *Karl Heinrich Pohl*, Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie? Göttingen 2022.

Asmus ein republikanisch gesinnter Staatsanwalt für eine objektive Ermittlung stark machte, dieser dann aber von dem deutschnational orientierten Friedrich Arnold ersetzt wurde, der auch nach 1933 weiter Karriere machen konnte. Es waren vor allem die Kommunisten und nach 1945 die SED, welche sich um die Erinnerung an das Blutbad bemühten – freilich auch, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Bald stellte man die Toten in die eigene Traditionslinie. Umgekehrt war im Dritten Reich die Sichtweise vorherrschend, es habe sich um einen regelrechten Bürgerkrieg gehandelt, das Freiburger Blutbad belege gar die seinerzeitige Existenz eines »Sowjet-Sachsen«.

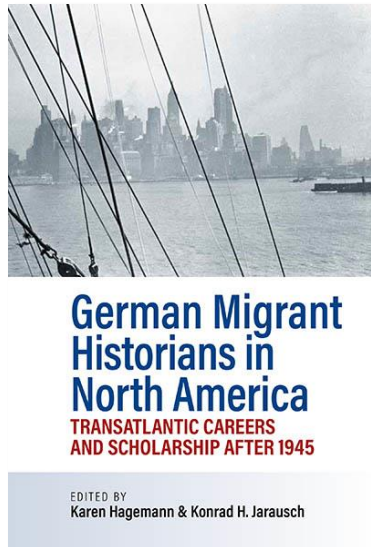
In seiner abschließenden Bewertung zeichnet Schmeitzner das Bild einer Tragödie, die niemand gewollt oder gar geplant habe, die sich aber dennoch aus dem historischen Kontext erklären lasse. Wichtige Faktoren waren demnach die schwere politische und ökonomische Krise, das Fehlen einer starken Polizeieinheit vor Ort und vorausgehende Aktivitäten einer radikalisierten syndikalistischen Strömung einerseits sowie ein ungeschicktes Agieren von Polizei und Truppe andererseits. Letztlich, das ist für den Autor die zentrale Lehre, sollte »Militär im Inneren nicht eingesetzt werden« (S. 198), sondern innere Spannungslagen einer dafür geschulten Polizei überlassen bleiben. Dem kann man schwerlich widersprechen. Allein, aus diesem »Lehrstück« (so der Titel des Schlusskapitels) lässt sich noch sehr viel mehr Erkenntnis über diese Epoche gewinnen – und das diskutiert Schmeitzner eigentlich auch in seinem Fazit: die Einseitigkeit der Justiz, die wichtige Rolle der Presse für die Deutungshoheit über die Ereignisse, die politische Schlagseite der Reichswehr und die gesellschaftliche Polarisierung in der existenziellen Krise von 1923, um nur ein paar Punkte herauszugreifen. Freiberg ist also in der Tat ein Lehrstück und es ist dem Autor sehr zu danken, dieses wichtige und trotzdem bislang wenig beachtete Thema gründlich aufgearbeitet zu haben. Spannend wäre im Anschluss ein systematischer Vergleich mit anderen blutigen Auseinandersetzungen in der frühen Weimarer Republik. Man denke beispielsweise an den 13. Januar 1920, als die Sicherheitspolizei vor dem Reichstag in Berlin in eine demonstrierende Menge schoss – bis heute mit 42 Toten die opferreichste Demonstration der deutschen Geschichte.² Gerade mit Blick auf die Rezeptionsgeschichte wäre auch ein Abgleich mit den bewaffneten Zusammenstößen zwischen französischen Besatzungstruppen und Bewohnern des Ruhrgebiets spannend, etwa das Massaker im März 1923 bei Krupp in Essen.³ Dadurch könnten Schmeitzners Schlussfolgerungen auf breiterer Grundlage überprüft werden.

Zitierempfehlung

Axel Weipert, Rezension zu: Mike Schmeitzner, »Kaltblütiger Mord«? Die Reichswehr und das Freiburger Blutbad 1923, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82120.pdf>> [19.1.2026].

² Vgl. Axel Weipert, Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015, S. 160–189.

³ Vgl. als Überblick Mark Jones, 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin 2022, hier S. 92–112.



Karen Hagemann/Konrad H. Jarausch (Hrsg.)

German Migrant Historians in North America.
Transatlantic Careers and Scholarship after 1945

Berghahn Books | New York/Oxford 2024
504 Seiten, Hardback | £138.00
ISBN 978-1-80539-792-2

rezensiert von

Jost Dülffer, Universität zu Köln

Flucht vor der NS-Herrschaft und in der Folge Emigration nach Nordamerika bildeten für die deutsche wie die österreichische, aber eben auch für die amerikanische Geschichtswissenschaft bedeutende Einschnitte. Aus Tagungen des Deutschen Historischen Instituts in Washington D.C. sind bereits 1991 und 2016 wichtige Sammelbände hervorgegangen, die sich jeweils der »ersten« (akademisch noch vor 1933 an deutschsprachigen Universitäten sozialisierten) und der »zweiten Generation« (die im Kindes- oder Jugendalter in Nordamerika ankam und erst dort akademische Karriere machte) dieser Historiker-Emigration und damit dem Beitrag von »German style historical scholarship to the English speaking world« (S. 1) widmeten.¹ Der nun vorgelegte Band knüpft an diese historiografischen Unternehmungen an, aber diesmal sind die Herausgeber gleichermaßen Objekte wie Subjekte der Untersuchung: Konrad Jarausch, Jahrgang 1941, ging 1959 in die USA, Karen Hagemann, Jahrgang 1955, kam 2005. Beide Forschende waren beziehungsweise sind in Chapel Hill, North Carolina, tätig. Es mischt sich also eigene Erfahrung mit wissenschaftlicher Distanz und Nüchternheit, wenn die beiden einen vollständigen Überblick der nach 1945 nach Nordamerika emigrierten deutschen HistorikerInnen gezielt mit subjektiven Erfahrungen dieser Personen zu verbinden suchen. Diese Gratwanderung wird in einer Einleitung und insgesamt 18 Kapiteln im Kern überzeugend und bisweilen bravourös bewältigt.

Mit Referenz zu den Vorgängerbänden bezeichnen die beiden Herausgeber die Untersuchungsgruppe ihres Bandes als »third generation«. Sie untergliedern diese wiederum in drei Alterskohorten aus den Geburtsjahrgängen zwischen den (späten) 1930er-Jahren und den (frühen) 1980er-Jahren. Es geht ihnen nicht um nostalgische Erinnerungen, sondern sie benutzen die Selbstauskünfte der Angehörigen dieser »dritten Generation« als Konstruktionen von Erinnerung, die über jene Einzelpersonen hinausreicht. Sie wollen damit die Entwicklung

¹ Hartmut Lehmann/James J. Sheehan (Hrsg.), *An Interrupted Past. German-Speaking Refugee Historians in the United States after 1933*, Washington D.C. u.a. 1991; Andreas W. Daum/Hartmut Lehmann/James J. Sheehan (Hrsg.), *The Second Generation. Émigrés from Nazi Germany as Historians*, New York 2016.

der geschichtswissenschaftlichen Disziplin in Nordamerika, aber auch die wechselseitigen transatlantischen Bindungen, die in manchem zu einer transatlantischen Gemeinschaft führten, besser erfassen. »The German brain drain was [...] a North American brain gain«, heißt es pointiert und selbstbewusst (S.11). Ihr Datensatz umfasst 87 Forschende, von denen neun in Kanada landeten, die anderen in den USA. Fünf aus der Gruppe wurden im östlichen Teil Deutschlands geboren, die anderen im westlichen Teil. Ein Viertel der Personen sind Frauen.

Elf autobiografischen Beiträgen stehen sieben stärker analytische Aufsätze gegenüber. Karen Hagemann selbst arbeitet die drei zeitlich aufeinander folgenden Kohorten heraus und gibt eine Fülle an statistischen Auswertungen der Biografien; sie schließt dabei auch diejenigen HistorikerInnen ein, die nicht mit Selbstauskünften im Band vertreten sind. In Nachfolge der durch den Nationalsozialismus Vertriebenen sieht sie in der Historiker-Emigration nach 1945 einen wichtigen Beitrag zur weiteren Einbringung deutschen kulturellen Kapitals, das europäische Geschichte als Gegenstand in Nordamerika stark hielt – so vor allem die NS-Geschichte und die deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Diesem eher quantitativen Beitrag steht an späterer Stelle des Bandes Helmut Walser Smiths Aufsatz über den Beitrag dieser MigrantInnen zur Holocaust-Geschichte gegenüber, in dem er die drei Kohorten in ein breiteres institutionelles Geflecht einordnet und vor allem für die zweite Gruppe deutscher HistorikerInnen eine neue – positive – Qualität ihres Beitrags zur internationalen Forschung registriert, während er für die dritte Gruppe eher eine allgemeine Integration in dieses zentrale Forschungsfeld betont. Hier knüpft Thomas Pegelow Kaplan nahtlos an, wenn er (eben selbst auch Akteur) die jüngeren Forschungen zur deutsch-jüdischen Geschichte in einem Dreieck zwischen Israel, den USA und Deutschland aufgehoben sieht. Bei den Arbeiten zur deutschen Nachkriegsgeschichte fällt Anna von der Goltz besonders auf, dass diese sich stark auch der DDR annahmen und »race and the politics of difference« (S. 346) in den Vordergrund rückten. Andrea Sinn gibt einen Überblick über die DAAD-Austauschprofessoren für German Studies seit 1987, Germanisten und Politologen eingeschlossen. Sie zählt 164 Personen, darunter 32 Prozent Frauen. Die meisten von ihnen hätten in ihren Erfahrungsberichten ihre Zeit auf der anderen Seite des Atlantiks sehr positiv eingeschätzt, jedoch weder an ihren Gastuniversitäten noch an den deutschen Entsendeuniversitäten einen nachhaltigen Einfluss ihres Wirkens wahrgenommen. Aber die Einschätzung der nordamerikanischen Universitäten lautet generell: »more innovative, less hierarchical« (S. 53).

Am spannendsten finde ich den Beitrag von Scott H. Krause zur Gründung des DHI Washington. Aus den Quellen gearbeitet zeigt er, wie sich aus geschichtspolitischen Entwicklungen in den USA, genauer den Ansätzen zu einem US-Holocaust-Museum seit den 1970er-Jahren, Sorgen über die Verengung der Rezeption deutscher Geschichte auf nur oder überwiegend diesen Aspekt entwickelten. Das verstärkte sich seit dem Regierungsantritt von Helmut Kohl 1982, der, beraten unter anderem durch Michael Stürmer, dieser Tendenz ein umfassenderes Bild der deutschen Geschichte in den USA meinte entgegenzusetzen zu sollen. In einer umfassenden Kooperation deutscher wie amerikanischer Historiker gelang dann 1987 die Gründung des DHI und schon sein erster Direktor Hartmut Lehmann erreichte (mit manchen anderen Protagonisten) eine transatlantische Diskussionsgemeinschaft über »German Politics at the Potomac« (so der Titel des Aufsatzes). Diese geschichtspolitische Auseinandersetzung wirft – hier nicht angesprochen – ein ganz neues Licht auf den »Historikerstreit« jener Jahre.

Die autobiografischen Beiträge des Bandes können hier nicht einzeln vorgestellt werden; ihre AutorInnen seien aber wenigstens genannt: in der älteren Kohorte sind das Volker Berghahn, Konrad Jarausch, Irmgard Steinisch und Michael Geyer. Aus der zweiten Kohorte der in den 1950er- und 1960er-Jahren Geborenen schreiben Karen Hagemann, Thomas Kühne, Wolf Gruner, Andreas Daum, Ulrike Strasser, Frank Biess und Gregor Thum. Es hat wohl guten Grund, dass die seit den 1970er-Jahren Geborenen und damit noch Jüngeren (22 in Hagemanns Zählung) nicht mit eigenen Beiträgen vertreten sind. Ihr Lebensrückblick ist noch nicht unbedingt angesagt.

Es versteht sich, dass alle BeiträgerInnen gute Gründe für die Emigration hatten: fast alle sahen keine Chance in Deutschland in der Wissenschaft weiterzukommen. Mehr oder weniger frustriert suchten sie nach neuen Möglichkeiten, die sie dann in Nordamerika fanden. Nur bei Wenigen – etwa Andreas Daum – »ergab es sich« einfach. Insbesondere berichteten viele Frauen von geschlechtlicher Diskriminierung im deutschen Universitätssystem. Aber es wird auch von der fortgesetzten Förderung migrierter SchülerInnen durch deutsche akademische »Lehrer« berichtet, so etwa von Steinisch durch Reinhard Rürup. Die MigrantInnen selbst entdecken – oder besser: förderten – ihrerseits eine Generation jüngerer amerikanischer HistorikerInnen, welche die deutsche Geschichte in aller Breite aufarbeiten. In ein schönes Bild von Michael Geyer gefasst: Odysseus kam als Fremder wieder nach Hause.

Es werden aber auch die Rückwirkungen der MigrantInnen auf die deutsche Szene erfasst, ohne vorschnell eine einzige Community zu konstruieren. Die Wahrheit sei, so Gregor Thum: wer sich auf dieser oder jener Seite des Atlantiks zu lange aufgehalten habe, werde weder hier noch dort ganz heimisch sein. Überraschend viele ForscherInnen gelangten über längere Aufenthalte in Großbritannien in die USA. Das wird zwar jeweils berichtet, aber nicht reflektiert. Gab es hier Prägungen durch »Kettenwanderung«? Der Rezensent (Jahrgang 1943) kann aus seinen eigenen Begegnungen dieses fruchtbare Lernen von MigrantInnen durchaus bestätigen, sieht in diesem Band aber in Vielem erstmals die Dimensionen ihrer Wurzeln auf zwei Kontinenten.

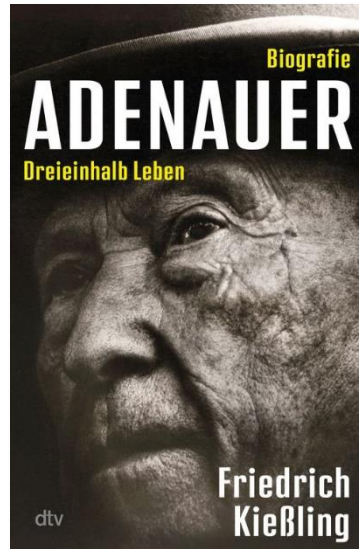
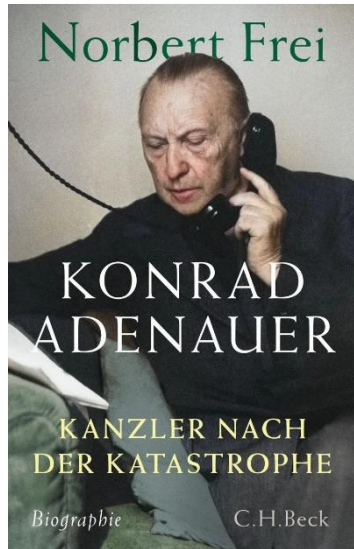
Alle Beiträge zeichnet aus, dass sie sich nicht auf die fachlich-universitäre Ebene beschränken, sondern ihr gesellschaftliches Umfeld einbeziehen, so Ulrike Strasser, die »straight outta Niederbayern« (so auch ihr Titel) mit diversen Kulturschocks in den USA anlandete und an deren Westküste dauerhaft blieb. Auch beziehen sie ihr eigenes familiäres Umfeld und die daraus entstehenden Probleme und Möglichkeiten ein. Durchweg schreiben die AutorInnen keine lineare Erfolgsgeschichte, sondern machen selbstreflexiv klar, welche Zufälle sich ergaben, welche unvorhergesehenen Chancen ergriffen wurden – und welche Wege ihnen zumal in Deutschland verstellt wurden. »The truth is that I never made a clear-cut decision to stay in the United States« (Biess, S. 260). Gerade diese Aufrichtigkeit macht eine Stärke des Bandes aus. Damit geht er überzeugender vor als andere autobiografisch ansetzenden Kollektivunternehmungen zur deutschen Geschichtswissenschaft, wie sie etwa Christoph Dipper und Heinz Duchhardt durchgeführt haben.²

Natürlich bleiben auch bei einem so reflektierten und gut kuratierten Band Fragen und Themen offen. Welche Rolle spielte etwa die in den 1970er-Jahren gegründete German Studies Association, die seither in jährlichen Tagungen die »Germanists« aus Germanistik, Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft zusammenbringt – und damit gerade die Einheit der »deutschen« Studienrichtungen in einer Diaspora-Gesellschaft zu betonen sucht? Wie grenzt sich die in diesem Band erfasste Kohorte von HistorikerInnen von denen dieser benachbarten Fächer ab? Es gäbe ferner noch manche weitere institutionelle transatlantische Verbindung kleinerer Art zu benennen, die kontinuierlichen Austausch auch im Fach Geschichte zu leisten vermochte. Hagemanns Bilanz, die ausgewanderten HistorikerInnen seien energischer und risikobereiter gewesen als ihre deutschen »Peers« und hätten sich so auf eine liberalere und offenere Praxis in Nordamerika einlassen können, überzeugt an den Beispielen dieses gelungenen Bandes, bleibt insgesamt aber weiter zu diskutieren und zu erforschen. Das gilt zumal angesichts der Beobachtung von Walser Smith, die Herkunft aus Deutschland oder Nordamerika spiele angesichts des »international circuit of historians« (S.311) und ihrer ebenso internationalen Methodendiskussionen inzwischen keine zentrale Rolle mehr. Die Konstruktion eines deutschen »Anderen« habe angesichts der schwindenden Mythologisierung des Westens an Aussagekraft verloren. Was 2024 galt, hat sich wohl seither nochmals deutlich beschleunigt.

² Christoph Dipper/Heinz Duchhardt (Hrsg.), *Generation im Aufbruch. Die Geschichtswissenschaft in Deutschland im Spiegel autobiographischer Porträts*, Göttingen 2024; vgl. auch Barbara Stambolis, *Leben mit und in der Geschichte. Deutsche Historiker Jahrgang 1943*, Essen 2010.

Zitierempfehlung

Jost Dülffer, Rezension zu: Karen Hagemann/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), German Migrant Historians in North America. Transatlantic Careers and Scholarship after 1945, Berghahn Books, New York/Oxford 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82121.pdf>> [19.1.2026].



Norbert Frei

Konrad Adenauer.
Kanzler nach der Katastrophe. Biographie

C.H. Beck | München 2025
317 Seiten, Hardcover | 29,90 €
ISBN 978-3-406-83723-4

Friedrich Kießling

Adenauer.
Dreieinhalb Leben – Biografie

dtv | München 2025
544 Seiten, Hardcover | 30,00 €
ISBN 978-3-423-28468-4

rezensiert von

Klaus-Dietmar Henke, Technische Universität Dresden

Da Lebensbeschreibungen von Politikern mit prägendem Einfluss auf ihre Zeit erklären müssen, wie Person und Epoche, »Life and Times«, ineinander verwoben waren, unterliegen ihre Verfasser besonderen analytischen und erzählerischen Anforderungen. Das gilt gewiss für eine Gestalt wie Konrad Adenauer, Gründungsfigur einer deutschen Demokratie, die inzwischen länger Bestand hat als die wechselnden Staats- und Gesellschaftsordnungen zwischen Gründung und Untergang des Deutschen Reiches. Es fehlt denn auch nicht an Darstellungen,

die uns das Wirken des ersten Bundeskanzlers in der nach ihm benannten Ära vor Augen führen; allen voran das Monumentalwerk von Hans-Peter Schwarz.¹ Was also steuern die rechtzeitig zu seinem 150. Geburtstag erschienenen Biografien von Norbert Frei und Friedrich Kießling Neues zum Verständnis »des Alten« und der jungen Bundesrepublik bei?

Beide Historiker nehmen für sich in Anspruch, Adenauer und seiner Zeit mit »frischem Blick« (Frei, S. 9) zu begegnen. Während Frei sich auf den »Kanzler nach der Katastrophe« des Nationalsozialismus konzentriert, wählt Kießling einen vertieften Ansatz. Er sieht in den siebzig Lebensjahrzehnten vor Adenauers Amtsantritt 1949 einen Schlüssel zum Verständnis seiner Kanzlerschaft und widmet ihnen daher zwei Drittel seiner Darstellung. Wie der spätere Bundeskanzler mit diesen formativen Jahrzehnten voller Brüche umging, sei »die eigentliche Geschichte von Adenauers Leben« (Kießling, S. 12), das sich in den Regierungsjahren untrennbar mit ebendiesen, die deutsche Geschichte bis heute bestimmenden Kontinuitäten und Diskontinuitäten verwoben habe.

Unvermeidlich müssen beide Autoren zur Ära Adenauer hundertfach Repetiertes noch einmal erzählen, doch ergänzen sie sich dabei recht gut, da die Kernkapitel zur Kanzlerschaft bei Frei fast zwei Drittel, bei Kießling dagegen nur ein gutes Viertel des Textumfangs umfassen. Umso erstaunlicher ist es, dass dieses (womöglich der Zeitnot vor dem heranrückenden Jubiläumstermin geschuldete) Manko seine gedankenreiche historische Einordnung Adenauers in keiner Weise beeinträchtigt. Dennoch wäre es wünschenswert, Kießling nähme Gelegenheit, die kompositorische Unwucht seiner Vollbiografie bei einer Neuauflage zu beheben und die Kanzlerjahre mit derselben argumentativen Intensität zu beschreiben wie die Zeit davor.

Im Wesentlichen sind es drei große Themenkomplexe, die von beiden Historikern einer Analyse und teilweisen Neubewertung unterzogen werden: erstens Adenauers Umgang mit dem Nationalsozialismus, zweitens Adenauers politisches Kernprojekt der Westintegration, drittens Adenauers Demokratieverständnis und seine Demokratiepraxis.

Adenauers Umgang mit dem Nationalsozialismus

Der Anlage seines Buches entsprechend sind Kaiserreich und Weimar bei Frei zügig abgehandelt, nicht jedoch die Hitler-Jahre. Ebenso wie bei Kießling stehen bei ihm in Absetzung von der »orthodoxen Adenauerforschung« (Frei, S. 42) bis in die 1990er-Jahre die persönliche Misere, die Existenzängste und die Verzweiflung des ins Abseits Getriebenen im Mittelpunkt, eines politisch Verfolgten, der anders als sein schwer belasteter späterer Staatssekretär Hans Globke niemals der Versuchung zu einer Selbststilisierung als Opfer oder Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime erlag. Beide Biografen würdigen die persönlich-familiären Beweggründe des 1933 aus seinen hohen Kommunal- und Staatsämtern in Köln und Berlin geworfenen Zentrumspolitikers, sich gleichwohl gegen eine aktive Beteiligung am Widerstand zu entscheiden. Dennoch blieb Adenauer durchgängig im Visier der Gestapo, war realer Lebensgefahr ausgesetzt und in seiner Existenz erschüttert. Die Studien zeigen, dass sich der künftige Kanzler über den menscheitsfeindlichen Charakter des Nationalsozialismus vollkommen im Klaren war, dies intern durchaus zu verstehen gab, er jedoch genauso illusionslos erkannte, dass die übergroße Mehrheit seiner Landsleute sich den Heilsversprechen ihres charismatischen Führers bereitwillig ergeben hatte und dem ideologischen Machtstaat in vermeintlicher Pflichterfüllung, Patriotismus oder Fatalismus sehr lange verbunden blieb.

Als Konrad Adenauer nach dem Krieg die politische Bühne wieder betrat und seine früheren Volksgenossen für die Demokratie gewinnen musste, hielt er es im Dienste der »politischen und sozialpsychologischen Konsolidierung einer Gesellschaft nach der Katastrophe« (Frei, S. 10) für angeraten, die Schuld und das Versagen der Deutschen besser nicht oder allenfalls in allgemeinverträglichen Dosen zur Sprache zu bringen. Dieses Beschweigen ging allerdings auch auf handfeste taktische Überlegungen zurück, die in beiden Arbeiten noch etwas mehr

¹ Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986; ders., Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991.

hätten vertieft werden können. Bei der Regierungsbildung im Herbst 1949 hatte der Bundeskanzler gegen erhebliche Widerstände im Unionslager sein strategisches Ziel eines bürgerlichen Blocks rechts von der SPD durchgeboxt. Adenauer konnte sein fragiles Mitte-Rechts-Bündnis jedoch nur aufrechterhalten, wenn er die Interessen und Befindlichkeiten seiner Koalitionspartner FDP und DP in Rechnung stellte. Da diese protestantisch-mittelständischen Parteien in starkem Maße Sammelbecken von Rechtsnationalisten und ehemaligen Nationalsozialisten waren, erschien der Union ein »großzügiger Einbindungskurs«² alternativlos. Auch die innere Stabilisierung der CDU selbst verlangte Zurückhaltung in Vergangenheitsdingen. Als neu entstandene interkonfessionelle Partei musste sie auf eine sorgsame Austarierung zwischen den Angehörigen katholischer und evangelischer Konfession achten und die im protestantischen Milieu besonders stark vertretenen einstigen Anhänger der NSDAP, die nun ins christlich-konservative Lager strömten, möglichst schonend integrieren. Jahrelang saßen im rechtskonservativen Bürgerblock achtmal mehr Bundestagsabgeordnete, die der NSDAP angehört hatten, als in den Reihen der Sozialdemokratie.³

Die nach Krieg und Besatzung grassierende Vergangenheitsmüdigkeit und das Verlangen, es mit der Abbüßung der NS-Zeit allmählich gut sein zu lassen, war Ende der 1940er-Jahre an den überbordenden Forderungen nach einer Wiedereingliederung der allermeisten »Kriegsverurteilten« und »Entnazifizierungsgeschädigten« überdeutlich ablesbar. Diesem Erwartungsdruck, dem sich die liberal-konservative Koalition nicht entziehen konnte, wenn sie ihre Akzeptanz beim Staatsvolk nicht verlieren wollte, entsprach die Adenauer-Regierung sogleich mit entschiedenen vergangenheitspolitischen Weichenstellungen. Der Bundeskanzler schlug das entsprechende Leitmotiv bereits in seiner ersten Regierungserklärung mit der volkstümlichen Formel an, dort wo es vertretbar erscheine, werde man Vergangenes vergangen sein lassen. Eine Kaskade meist gemeinsam mit der SPD beschlossener Gesetze befriedigte die virulenten Erwartungen denn auch in kurzer Abfolge. Es waren Gründungsjahre, »in der die politische Agenda in der Bundesrepublik in heute kaum mehr vorstellbarer Weise bestimmt war von der Wahrung der Interessen der Täter«, hielt Norbert Frei dazu vor fast zwanzig Jahren fest. Daher hätte er gerne ein wenig mehr von seiner wegweisenden Studie zur frühen »Vergangenheitspolitik« in sein Adenauer-Buch einfließen lassen können.⁴

Kießling wird deutlicher, wenn er angesichts der massenhaften Rückkehr ehemaliger NS-Funktionselemente in westdeutsche Behörden das zu Tode zitierte Diktum Adenauers von 1952 zurückweist, wonach man dreckiges Wasser nicht wegschütte, wenn man kein reines habe: »Gerade er hatte überhaupt nicht nach unbelastetem Personal gesucht« (Kießling, S. 398). Ohne die in älteren Adenauer-Studien übliche Zurückhaltung fährt der Bonner Historiker fort: »Der kaum eingeschränkte Rückgriff auf Funktionselemente der Jahre vor 1945, der maßgeblich von ihm initiiert worden war und für die starken NS-Kontinuitäten in der Bundesverwaltung sorgte, verhinderte die Demokratisierung der Bundesrepublik zwar nicht, aber hemmte doch zeitweise deren weitere Entwicklung.« (Ebd., S. 460).

Adenauers engster Mitarbeiter Hans Globke, bis 1945 als Ministerialrat im Reichsministerium des Innern im Kernbereich der völkisch-antisemitischen Agenda des Nationalsozialismus tätig, erfährt im Gefolge der jüngsten Untersuchung zur Geschichte des Bundeskanzleramts eine wesentlich kritischere Behandlung als früher.⁵ Während Kießling Globkes Berufung an die Spitze des Kanzleramts und damit zum mächtigsten Beamten der Republik in mehr allgemeinen Wendungen problematisiert, prangert Frei »die negativen Folgen des Dauer-Skandals Globke für die politische Kultur und die moralische Glaubwürdigkeit der jungen

² Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart 2001, S. 423.

³ Vgl. Klaus-Dietmar Henke, *Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit*, in: Norbert Lammert (Hrsg.), *Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU*, München 2020, S. 277–298.

⁴ Norbert Frei, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München 2005 (Zitat: S. 180); vgl. ders., *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

⁵ Jutta Braun/Nadine Freund/Christian Mentel/Gunnar Take, *Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit*, Göttingen 2025.

Bundesrepublik« unmissverständlich an. »Klar ist auch, dass es für Adenauer selbst zum Stigma wurde: über seine Zeit als Bundeskanzler, ja über seinen Tod hinaus.« (Frei, S. 145)⁶ Das trifft es genau. Hans Globke war das Kainsmal der Ära Adenauer. Gerade deswegen hätte man sich gewünscht, die beiden Werke hätten sich ein wenig eingehender mit dem Preis einer derart robusten Integrationspolitik und der bedrückenden Tatsache befasst, dass die überlebenden Opfer und Gegner des Nationalsozialismus der Bundesrepublik und ihrer nachnational-sozialistischen Gesellschaft lange Zeit nur wenig Vertrauen entgegenbringen konnten.

Adenauers politisches Kernprojekt

Als in Deutschland mit Revolution und Vereinigung von 1989/90 die Realität die Phantasie überholte, waren bald auch die Historikerdebatten über Adenauers Deutschlandpolitik überholt. Der Geschichtsverlauf veränderte die Geschichtsbetrachtung. Übereinstimmend sehen Frei und Kießling in der axiomatischen Grundüberzeugung und der unbeirrbaren Entschlossenheit, mit der Adenauer den jungen Staat der Bundesrepublik innerhalb von drei Jahren gegen den Widerstand von Opposition, Parteifreunden, Koalitionspartnern, meinungsbildenden Intellektuellen und Teilen der Bevölkerung irreversibel an den Westen heftete, die überragende Leistung des Gründungskanzlers – eine den deutschen Traditionen entgegenstehende »revolutionäre« (Frei, S. 270) deutschland- und europapolitische Umorientierung mit den bekannten Etappen von der Montanunion zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und von der umgehend erklärten Bereitschaft zur Wiederbewaffnung bis zum Nato-Beitritt 1955.

Für Frei ist die berühmte Invektive »Kanzler der Alliierten!«, die der sozialdemokratische Oppositionsführer Kurt Schumacher seinem Gegenspieler im Parlament entgegenschleuderte, um ihm das Stigma der Vaterlandsvergessenheit aufzudrücken, in der Sache ein durchaus stimmiges Etikett. In der Tat stellte Adenauer angesichts der Großmächtekonfrontation im Kalten Krieg die Sicherung der individuellen und demokratischen Freiheiten in engster Anlehnung an die Westmächte über eine rasche Wiedererlangung der nationalen Einheit. »Einheit in Freiheit« war gewiss eine Vision des Kanzlers, aber eben nicht sein »operatives Ziel« (Kießling, S. 348). Selbst tiefeschürfendes kontrafaktisches Nachdenken dürfte kein überzeugendes Szenario ergeben, bei dem Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten untätig dabei zugesehen hätten, wie ein Bundeskanzler Schumacher Weichen stellt, um die Einheit Deutschlands um den Preis der Blockfreiheit zwischen Ost und West zu erlangen.

Für seinen Westkurs und für sein erfolgreiches Bemühen um die Wiedergewinnung des moralischen und, buchstäblich, finanziellen Kredits durch frühe, zu Hause stark umstrittene internationale Abkommen fand der Bundeskanzler in den »Adenauer-Wahlen« 1953 und 1957 bei den Westdeutschen ebenso überwältigende Zustimmung wie für die Durchsetzung einer prosperierenden Marktwirtschaft und die Einführung eines dynamischen Rentensystems, das mit der seit Bismarcks Zeiten almosenartigen Altersversorgung Schluss machte. Bei den Haupt- und Staatsaktionen des CDU-Chefs bewegen sich Frei und Kießling weitgehend in Harmonie mit dem dominierenden Adenauer-Bild. Man hätte aber gerne mehr über die gewaltigen Hürden und verfestigten Überzeugungen erfahren, die damals zu überwinden waren. Das gilt für die Deutschlandpolitik einer Sozialdemokratie, die das alte Odium der Vaterlandslosigkeit durch eine unüberbietbar nationale Haltung abzustreifen hoffte, ebenso wie für die Wirtschaftsentwicklung, deren Behandlung sich in beiden Werken mit gängigen Wendungen begnügt. Immerhin ist es der Jahrhundertboom der Weltwirtschaft gewesen, der die Voraussetzungen für das legendäre »Wirtschaftswunder« schuf, das die Ära Adenauer prägte und mehr als alles andere zur Umorientierung der einstigen Volksgenossen beitrug.

⁶ Globkes Einstufung als Adenauers »Eckermann« bei Frei (S. 149) verfehlt Globke und den armen Eckermann allerdings gleichermaßen. Siehe dazu demnächst meine Studie »Vergangenheitsabwehr. Adenauers Staatssekretär, der BND und die Eichmann-Bedrohung«, Berlin 2026.

Adenauers Demokratieverständnis und Demokratiepraxis

Beide Historiker erkennen in dem Gründungskanzler einen »lernstarken Demokraten« (Frei, S. 267), konstatieren aber auch, dass gut drei Jahrzehnte nach den ersten großen wissenschaftlichen Lebensbeschreibungen »die Zahl der Themen und Fragen, die an eine neue Adenauer-Biografie zu richten sind, noch einmal erheblich gewachsen« ist (Kießling, S. 15). Sehr überzeugend analysiert Kießling denn auch Adenauers Weltbild und Politikverständnis, wie es in dem halben Jahrhundert vor seiner Kanzlerschaft entstanden war: seine autoritäre, etatistisch-konservative Grundhaltung und sein Denken weniger von der Gesellschaft als vom Staate her, das er mit vielen Weggenossen und den meisten Funktionseliten teilte, die 1949 wieder in verantwortliche Positionen einrückten; zweifelsfrei ein Demokrat, aber eben ein am Institutionengerüst orientierter Staatsdemokrat. Noch gegen Ende seiner Kanzlerschaft sagte er von sich: »Ich bin diktatorisch, nur mit starkem demokratischem Einschlag.« (Zit. nach Kießling, S. 381)

Das hinderte den ersten Bundeskanzler unter dem Druck der Regierungsverantwortung freilich nicht an Modifizierungen seiner in Jahrzehnten gewachsenen Grundhaltung. So knüpfte Adenauer nach dem Krieg, wie Kießling in Abgrenzung zu Hans-Peter Schwarz betont, gerade nicht bruchlos an die Ideen von vor 1933 an, sondern schlug namentlich in seiner entschieden europäisch orientierten Konzeption der Westbindung neue Wege ein. Diese Wandlungsbereitschaft gilt insbesondere auch für die wichtige und zu Recht herausgestellte Tatsache, dass seine Erfahrungen während des Nationalsozialismus ihn in zu einer »Erweiterung seines Demokratieverständnisses« (Kießling, S. 458) und dazu führten, die Würde und die Freiheit der Person zunehmend als zentralen politischen Wert herauszustellen. Ähnlich wie schon als Oberbürgermeister in Köln war er überdies stets bereit, Entwicklungen der Moderne aufzunehmen und in kühnen Entscheidungen mit »lauter Experimenten« (ebd., S. 412) Politik zu machen – ganz anders, als es die rasch vergebene Etikettierung als »Reaktionär« wahrhaben wollte und es die Wahlslogans seiner CDU nahelegten.

Obleich Adenauer immer für eine demokratische Staatsorganisation einstand und damit zu einer Entradikalisierung des deutschen Konservatismus beitrug, bewegte sich seine Regierungspraxis zwischen pluralismusskeptischem Pragmatismus und skrupellosem Machiavellismus. Nachgerade kategorial anders als seine Nachfolger Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger, geschweige denn Willy Brandt (»Mehr Demokratie wagen!«), scheute der Bundeskanzler zur Durchsetzung seiner Vorstellungen im Regierungslager, erst recht aber gegenüber der Opposition nicht vor fragwürdigen, illegitimen und illegalen Machenschaften zurück. Der Zweck heiligte seine Mittel. Beide Biografien lassen es nicht an Deutlichkeit fehlen, sei es im Hinblick auf die Medienpolitik einer »sich zunehmend als Staatspartei begreifenden Adenauer-CDU« (Frei, S. 187), auf die halblegalen und auch als innerparteiliches Disziplinierungsinstrument dienenden Methoden der CDU bei der Geldbeschaffung (die in der maßstabsetzenden Biografie von Schwarz nicht vorkommen) sowie auf sein bedenkenloses Vorgehen gegen den »Spiegel« oder sei es bei der Schilderung seiner Konfrontation mit der Sozialdemokratie, die der Regierungschef nicht nur mit politischen, sondern sogar mit geheimdienstlichen Mitteln bekämpfte.

Die SPD war für ihn kein Mitbewerber, sondern explizit ein Feind. Über die Markierung der Frontstellung gegen den Sozialismus sowjetischen Typs hinaus ließ sich der weltweit grassierende Antikommunismus, der zugleich ein wirksamer Antipluralismus war, im Westen des geteilten Deutschlands besonders leicht als eine aus der NS-Zeit vertraute, lediglich seines rassistischen Kerns entkleidete Integrationsideologie instrumentalisieren und auf den demokratischen Sozialismus erstrecken. Adenauer wandte den ideologisch aufgeladenen Antagonismus des Kalten Krieges gezielt nach innen und warf die demokratischen Sozialisten nicht nur in der Wahlpropaganda als »Marxisten« in einen Topf mit den Kommunisten, obwohl sich diese doch in Wirklichkeit, zumal in der sowjetischen Besatzungszone, in epochaler Gegnerschaft gegenüberstanden. Geradezu manichäisch, in unausgesetztem Alarmsismus und vollem Ernst beschwor der CDU-Vorsitzende den Untergang Deutschlands, sollte die SPD in

Bonn die Oberhand gewinnen. Adenauer habe an der »alarmistischen, teilweise apokalyptisch anmutenden Weltsicht des Ost-West-Konflikts bis an sein Lebensende« festgehalten, schreibt Kießling (S. 457).

Die Verleumdungen der SPD klangen deshalb selbst nach deren programmatischer, auch deutschlandpolitischer Wende 1959/60 ebenso wenig ab wie ihr nachrichtendienstliche »Aufklärung«.⁷ Die von 1953 bis 1962 währende, ganz und gar gesetzwidrige Operation zur Ausforschung des sozialdemokratischen Parteivorstands durch den BND war nur möglich, weil dessen Präsidenten Reinhard Gehlen und den Kanzleramtschef Globke ein nachgerade symbiotisches »Do ut des«-Verhältnis verband. Dass Adenauer sich in den Gründungsjahren der zweiten deutschen Demokratie auf diese Weise Einblick in die Parteizentrale seines politischen Hauptwidersachers verschaffte, verdunkelt seine meist wenig thematisierten finsternen Seiten weiter. Frei nennt Adenauers Watergate eine »monströse Affäre« (S. 190), die bei Bekanntwerden wohl den Rückzug des Regierungschefs erzwungen hätte. Doch belegt sie nicht bloß einen weiteren »Machtmissbrauch der Exekutive in der parlamentarischen Demokratie« (Kießling, S. 392), es war tatsächlich ein Demokratieverbrechen. Man wird sehen, wie unsere Erinnerungsstätten und historischen Museen ihrem Publikum künftig die Realität der Adenauer-Zeit zugänglich machen werden, die nun in den beiden neuen Biografien des Gründungskanzler fixiert ist.

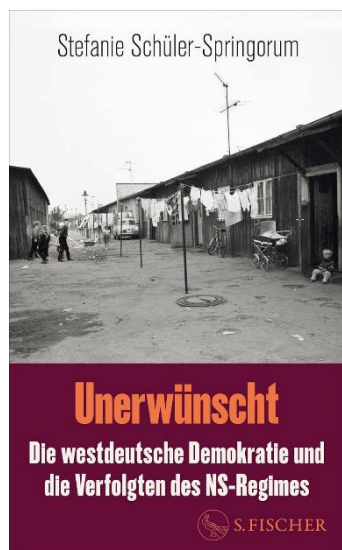
Konrad Adenauer zählt gleichwohl zu den großen Gestalten der europäischen Geschichte. Er hat die nachnationalsozialistische westdeutsche Gesellschaft in zeittypischer, polarisierender Unbedingtheit formiert und das für seine Nachbarn wie für nicht wenige seiner eigenen Bürger lange so furchteinflößende Deutschland unter Aufsicht der Westalliierten mit weichenstellenden Normalisierungsschritten auf den Weg zu einer stabilen Demokratie gelenkt. »Die junge deutsche Demokratie wurde zur Erfolgsgeschichte dank Konrad Adenauer – und trotz Konrad Adenauer«, ist kürzlich gesagt worden.⁸ Hagiografischen Versuchungen ganz unzugänglich, haben Norbert Frei und Friedrich Kießling diese bedeutsame Etappe unserer Geschichte gekonnt beschrieben und nebenher das Vorurteil widerlegt, deutsche Historiker verstünden so etwas nicht mit derselben Eleganz wie ihre angelsächsischen Kolleginnen und Kollegen.

Zitierempfehlung

Klaus-Dietmar Henke, Doppelrezension zu: Norbert Frei, Konrad Adenauer. Kanzler nach der Katastrophe. Biographie, C.H. Beck, München 2025; Friedrich Kießling, Adenauer. Dreieinhalb Leben – Biografie, dtv, München 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82122.pdf>> [19.1.2026].

⁷ Vgl. dazu Klaus-Dietmar Henke, Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage des BND in der Ära Adenauer, Berlin 2022, S. 545 ff.; ders., Adenauers Watergate. Die Geheimoperation des BND gegen die SPD-Spitze, Berlin 2023.

⁸ Joachim Käppner, Die Bereitschaft, das Gesetz zu brechen, in: Süddeutsche Zeitung, 10.4.2022.



Stefanie Schüler-Springorum

Unerwünscht.

Die westdeutsche Demokratie und die Verfolgten
des NS-Regimes

S. Fischer | Frankfurt am Main 2025
256 Seiten, gebunden | 25,00 €
ISBN 978-3-10-397664-9

rezensiert von

Gerd Kühling, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

In den vergangenen Jahren hat sich die zeitgeschichtliche Forschung verstärkt den Erfahrungen der ehemals Verfolgten des Nationalsozialismus in der Zeit nach 1945 gewidmet. Die Historikerin Stefanie Schüler-Springorum, Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) an der Technischen Universität Berlin, nimmt in ihrem neuen Buch ein besonders breites Spektrum von ehemals Verfolgten in den Blick. Dabei geht es insgesamt weniger um die aus politischen und religiösen Gründen Verfolgten. Im Mittelpunkt stehen vielmehr Zwangsarbeiter*innen vor allem aus dem östlichen Europa und Überlebende des Völkermords an den Sinti und Roma sowie des Holocaust. Mit Blick auf Deutschland kommen zudem die Betroffenen der »sozial-rassistischen Biopolitik« (S. 20) des NS-Regimes hinzu: Opfer der Zwangssterilisationen, Homosexuelle oder als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« Verfolgte. Sie alle einte, dass sie ohne eigenes Zutun in der »Volksgemeinschaft« des NS-Staates unerwünscht und einzig aufgrund ihrer bloßen Existenz in den oft tödlichen Fokus des Regimes geraten waren – und unerwünscht blieben sie auch in der Bundesrepublik.

Anhand der Erfahrungen der Überlebenden erzählt Schüler-Springorum eine beklemmende Geschichte der frühen Bundesrepublik, wobei der Schwerpunkt auf den 1950er- und 1960er-Jahren liegt. Die Entwicklung der westdeutschen Demokratie stellt für die Autorin dabei keine Erfolgsgeschichte dar. Vielmehr folgt sie einer Deutung der bundesrepublikanischen Geschichte, die bereits der 2019 verstorbene Historiker Axel Schildt – ihm ist das Buch gewidmet – unter den Schlagworten »Belastungsgeschichte« und »Misserfolgsgeschichte« entwickelte.¹ Mit Hilfe der Perspektive der NS-Verfolgten kann Schüler-Springorum verdeutlichen, wie Rassismus und Antisemitismus, Ressentiment und Diskriminierung nach 1945 fortbestanden. Deutlich wird, dass zur Bundesrepublik eben nicht nur Wirtschaftswunder und Westbindung gehörten. Die Autorin stellt im Einleitungskapitel (»Deutsches Glück«) sogar

¹ Axel Schildt, Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44, 1999, Heft 10, S. 1234–1244.

die These auf, dass zur emotionalen Stabilisierung der Deutschen nach 1945 eine »antisemitische, rassistische und homophobe Praxis« gehört habe, die auf einem »erstaunlich ungebrochenen Überlegenheitsgefühl« basierte (S. 24).

Quasi als Vorlauf zur eigentlichen Untersuchung geht das Buch im zweiten Kapitel (»Totschlag und Mord«) zunächst auf die NS-Biopolitik von 1933 bis 1945 ein – also auf »die gesamte Bandbreite allein der rassistischen, eugenischen sowie sozialrassistischen Maßnahmen zur Herstellung einer homogenen Volksgemeinschaft« (S.27). Hier zeigt sich bereits die große Stärke des Werks: Die betroffenen Opfergruppen werden nicht nacheinander, sondern in einer integrierten Geschichte beleuchtet. Dieses überzeugende Vorgehen führt die Autorin in den Kapiteln für die Zeit nach 1945 fort. Dabei fließen zahlreiche Berichte von Überlebenden in die Erzählung ein. Einige Personen tauchen über mehrere Kapitel hinweg auf. Genannt sei Frau Madajczyk, die Tochter eines polnischen Widerstandskämpfers, die als Zwangsarbeiterin ins Deutsche Reich verschleppt wurde und nach 1945 als sogenannte »heimatlose Ausländerin« in der Bundesrepublik verblieb. Ebenfalls durch die gesamte Darstellung ziehen sich Berichte des jüdischen Auschwitz-Überlebenden Hans Frankenthal, der nach 1945 in seine Heimat im Sauerland zurückkehrte. Für die Nachverfolgung dieser und weiterer Biografien über das gesamte Buch wäre ein Namensregister wünschenswert gewesen – bei einer Neuauflage sollte es nicht mehr fehlen.

Im dritten Kapitel mit dem Titel »Frei!« schildert Schüler-Springorum das Schicksal der verschiedenen Verfolgtengruppen unmittelbar nach der Befreiung. Während sich in der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu dieser Zeit oft Berichte über angeblich »plündernde Ostarbeiter« finden, aber nur wenige kritische Selbstreflexionen, kommt in den Erinnerungen von Überlebenden oft eine große Orientierungslosigkeit zum Ausdruck. Dies galt vor allem für Sinti und Roma, die anders als jüdische Überlebende oder politisch Verfolgte keine Anlaufstellen bei alliierten Hilfsorganisationen und den meisten Opferverbänden fanden. Erschwerend kamen für die Angehörigen dieser Gruppe ihre spezifischen Traumatisierungen nach Verfolgung und medizinischen Experimenten hinzu: Sie fürchteten alle, die eine Uniform oder einen weißen Kittel trugen – so schildert es etwa der Sinto Otto Rosenberg, der als 18-Jähriger in Bergen-Belsen befreit wurde.

Am Fall von Otto Rosenberg zeigen sich aber auch die Grenzen einer Publikation, die ausschließlich auf veröffentlichter Literatur beruht: Da Rosenbergs Biografie in den späten 1940er-Jahren endet, kann Schüler-Springorum sein weiteres Leben bis 2001 nicht erzählen – auch nicht sein wichtiges Engagement für die Anerkennung des Schicksals der Sinti und Roma, das mit Hilfe einschlägiger Quellen der Verfolgtenverbände, die zum Teil bereits online verfügbar sind, nachvollziehbar gemacht werden könnte. Insgesamt wird auf die Beteiligung der Überlebenden-Organisationen an zivilgesellschaftlichen Initiativen für eine ideelle und materielle »Wiedergutmachung« gerade in den 1980er- und 1990er-Jahren leider kaum eingegangen.

Besondere Bedeutung misst die Autorin dem Prinzip der »Rechtskontinuität« bei, also der Übernahme von Gesetzen in der mitunter repressivsten NS-Version. Unter dem Titel »Verfolgung« (Kapitel fünf) konstatiert sie unter anderem: Gegen die mit den Begriffen Bettelei, Landstreicherei und Prostitution belegten Menschen »scheint sich in der Nachkriegszeit weiterhin ein Strafbedürfnis ausgetobt zu haben« (S. 126). Einen regelrechten »Verfolgungsfuror« (S. 127) bekamen auch Homosexuelle zu spüren. Die bundesdeutsche Justiz übernahm 1950 den Paragraphen 175 in seiner verschärften Form. Auch die »Homo-Kartei« aus der NS-Zeit fand weiter Verwendung, wurde allerdings in »Täter-Kartei« umbenannt. Bis in die 1960er-Jahre erfolgten 50.000 Verurteilungen gegen homosexuelle Männer. Eine liberalere Version des Paragraphen 175 wurde erst 1969 beschlossen. Homosexuelle, die im Rahmen einer Verurteilung in der NS-Diktatur zwangssterilisiert worden waren, bekamen indes auch danach keine Entschädigung: Der Eingriff galt weiterhin als rechtmäßig.

Angesichts solcher Nachkriegserfahrungen der NS-Opfer hält die Autorin fest, dass es für ein »nationales oder postnationales Superioritätsgefühl« (S. 191) in der Bundesrepublik keinen Grund gebe. Stattdessen solle Demut angebracht sein angesichts des Leids, das auch nach 1945 so vielen Betroffenen widerfuhr. Mit Bezug auf die jüngste Gegenwart konstatiert sie: Die in den letzten zehn Jahren »um sich greifende Anziehungskraft nationalistischer und rassistischer Positionen« (S. 17) sei auch ein Beleg dafür, dass die vielgerühmte »Bewältigung« und »Aufarbeitung« der NS-Vergangenheit längst nicht so erfolgreich verlaufen sei, wie allgemein behauptet wird. Vielmehr wurden in der Bundesrepublik zentrale Teile des Welt- und Menschenbildes der NS-Zeit über Jahrzehnte nicht infrage gestellt.

In der Konsequenz bedeutete dies, wie im vierten Kapitel (»Heimatlos«) geschildert, dass etwa um 1946/47 die Nachkriegskriminalität oft pauschal und rassistisch motiviert »Ausländern«, gemeint waren Juden und »Displaced Persons«, in die Schuhe geschoben wurde. Junge Deutsche wurden noch in den 1960er-Jahren in Westdeutschland dazu erzogen, mit »Ekel und Hass auf homosexuelle Präsenz in der Öffentlichkeit zu reagieren« (S. 134). Lange Zeit wurde die Unterstützung von ehemals Verfolgten mehrheitlich abgelehnt – und wenn es aus außenpolitischen Erwägungen Zahlungen zur Entschädigung von NS-Unrecht gab, wurden sie sogleich gegen die Not der »deutschen Opfer« aufgerechnet. Zeigen diese Episoden jene Muster, die heute rechtspopulistische Themensetzungen prägen? Schüler-Springorum hält dazu lediglich fest, die Kontinuitäten würden »viele von dem« erklären, »was uns heute als ›rechter Populismus‹ gegenübertritt.« (S. 197) Dieses deutlicher zu machen und aktuelle Bezüge konkret zu benennen, hätte der Studie indes nicht geschadet.

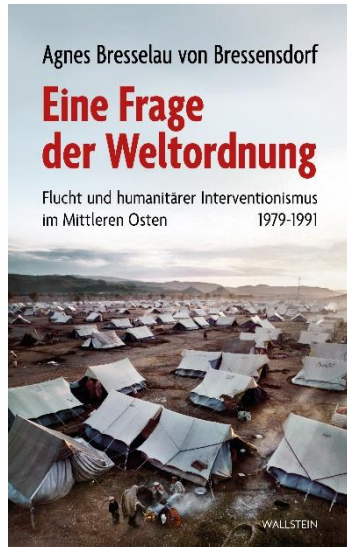
Für alle Überlebenden der Verfolgung galt: Geprägt von Vorurteilen, Pedanterie und Hartherzigkeit, versuchten westdeutsche Stellen, Entschädigungszahlungen zu vermeiden oder zumindest gering zu halten. Entlarvend arbeitet die Autorin im sechsten Kapitel (»Anerkennung«) heraus: Ohne außenpolitischen Druck erfolgte keine »Wiedergutmachung«. Je mehr die Alliierten etwa die Gruppe der Sinti und Roma aus den Augen verloren, desto weniger war der westdeutsche Staat bereit, Entschädigung für sie zu gewähren. Das siebte und letzte Kapitel (»Bisschen spät alles«) trägt als Titel ein Zitat der bereits erwähnten ehemaligen Zwangsarbeiterin Frau Madajczyk, die in den 1990er-Jahren über ihren Entschädigungsprozess berichtete. Schüler-Springorum beschreibt kein gutes Ende, sondern erkennt eine nicht mehr aufzulösende »zusätzliche Hypothek« für die Erinnerungskultur der Bundesrepublik, weil die meisten Opfer des Nationalsozialismus nie entschädigt wurden und »gestorben sind, ohne je als solche anerkannt zu werden« (S. 195).

Für die Verfestigung einer aufgeklärten und multiperspektivischen Erinnerungskultur fordert die Autorin abschließend, die Erfahrungen der Verfolgten über 1945 hinaus zu erzählen und dabei die Kontinuitäten von Marginalisierung und Rassismus, von verweigerter Anerkennung und Verfolgung weiter zu thematisieren. Ebenso müssten explizit die Geschichten der Menschen einbezogen werden, die sich als ehemalige Verfolgte für die Rechte anderer eingesetzt haben und so zur Liberalisierung der Demokratie beitrugen. Eine Vielzahl von Einzelpersonen und Organisationen, die sich für die Belange der Verfolgten einsetzten, erwähnt die Autorin allerdings nicht oder nur beiläufig. Daher bleibt zu hoffen, dass – auch angestoßen durch dieses Buch – weitere Forschungen folgen. Auch steht eine vergleichbare Studie für die DDR weiterhin aus.

Diese Anmerkungen schmälern indes den Verdienst der Studie von Stefanie Schüler-Springorum keineswegs. Sie wollte eine Forschungssynthese schreiben, die für ein breites Publikum gut lesbar ist – ein Buch, so formulierte sie es auf einer Buchvorstellung, »das man den Menschen auf den Wohnzimmertisch knallen kann«. Nicht nur das ist ihr gut gelungen.

Zitierempfehlung

Gerd Kühling, Rezension zu: Stefanie Schüler-Springorum, Unerwünscht. Die westdeutsche Demokratie und die Verfolgten des NS-Regimes, S. Fischer, Frankfurt am Main 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82123.pdf>> [19.1.2026].



Agnes Bresselau von Bressendorf

Eine Frage der Weltordnung.
Flucht und humanitärer Interventionismus im
Mittleren Osten 1979–1991

Wallstein Verlag | Göttingen 2025
415 Seiten, gebunden | 36,00 €
ISBN 978-3-8353-5926-0

rezensiert von

Heike Wieters, Humboldt-Universität zu Berlin

Die Geschichte des globalen Humanitarismus boomt seit inzwischen mehr als 15 Jahren. Neben Überblicksdarstellungen sowie Fallstudien zu humanitären Einzelorganisationen, zu globalen Krisenregionen (Biafra, Sahel, Vietnam) und/oder zu Fundraising-Events (»Live Aid«, etc.), gibt es inzwischen auch eine Reihe an Arbeiten, die für sich in Anspruch nehmen, sowohl Überblicksdarstellung als auch (regionale) Detailstudie zu sein. Hier reiht sich Agnes von Bressendorfs neue Studie »Eine Frage der Weltordnung« ein. In ihrer rund 350 Seiten (plus Anhang) umfassenden Monografie nimmt die Autorin einerseits die Entwicklung globaler Diskurse und Praktiken rund um Flucht und Humanitarismus zwischen 1979 und den frühen 1990er-Jahren in den Blick. Andererseits fokussiert sie spezifisch auf den Umgang mit fluchtbedingten humanitären Notsituationen im Mittleren Osten und leistet so einen Beitrag zur historisch-politischen Vermessung der Region selbst.

Agnes von Bressendorf argumentiert – vielleicht ein wenig überpointiert, aber dennoch basierend auf nachvollziehbaren Argumenten –, dass Afghanistan, Pakistan, Iran, Irak und die Türkei eine Schlüsselfunktion für den Wandel von humanitären Konzepten und Praktiken im Zusammenhang mit globalen Fluchtbewegungen einnahmen. Gleich einem Laboratorium hätten die zahlreichen Akteure in der Region neue Antworten auf globale fluchtpolitische Herausforderungen gesucht und zumindest teilweise auch gefunden. Auch wenn sich über die Frage, ob dies tatsächlich eine »neue Weltordnung« konturierte, trefflich streiten lässt, argumentiert die Autorin letztlich überzeugend, dass in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren, rund um das Ende des Kalten Krieges, entscheidende Pflöcke für neue Formen des humanitären Interventionismus eingeschlagen wurden, die sich von vorangegangenen Wahrnehmungs- und Handlungsmustern deutlich unterschieden.

Um ihr Argument zu substantiieren, unterscheidet die Autorin in den insgesamt fünf Kapiteln ihres Buches drei Frageebenen: *Erstens* rekonstruiert sie auf der Ebene internationaler Diplomatie verschiedene Ansätze, die die zum Ende der 1970er-Jahre zunehmend prekäre

internationale Arbeitsteilung im Umgang mit den immer zahlreicheren geflüchteten Menschen reformieren wollten. Dabei arbeitet sie überzeugend zwei konkurrierende Initiativen heraus.

Der – etwas vereinfacht gesagt – deutsche Ansatz adressierte vor allem den (auch heute noch gern gewählten Begriff) der Fluchtursachenbekämpfung, baute auf bestehende völkerrechtliche Regelungen auf und wählte explizit nicht die Sprache individueller Rechte. Es ging um eine Art präventive Politik, die vor allem Staaten beziehungsweise deren Regierungen in die Pflicht nehmen wollte, für ihre Bevölkerungen zu sorgen, Fluchtbewegungen zu vermeiden und letztlich auch Repatriierungen zuzustimmen. Dabei arbeitet die Autorin fast beiläufig heraus, dass an dieser im Umfeld des Auswärtigen Amtes unter Hans-Dietrich Genscher lancierten Initiative auch hochstehende Mitglieder aus dem Bund der Vertriebenen beteiligt waren, die so einmal mehr versuchten, auf internationalem Parkett Ansprüche auf Rückkehr geltend zu machen.

Der andere Ansatz, prominent vertreten durch Aga Khan, Hassan bin Talal und andere Akteure innerhalb des UN-Kosmos und zahlreicher internationaler Stiftungen, versuchte dagegen stärker die Sprache der Menschenrechte zu aktivieren. Das Konzept machte individuelle Rechte auf Flucht und Hilfe geltend und zielte letztlich darauf ab, die internationale Gemeinschaft als »global community« helfend in die Pflicht zu nehmen. Regierungen spielten hier zwar ebenfalls eine Rolle als Finanziere und Garanten von Sicherheit und Stabilität, doch anders als im konkurrierenden Entwurf gehörten hier auch NGOs und zivilgesellschaftliche Netzwerke zu den relevanten Ansprechpartnern. Es gelingt der Autorin in überzeugender Manier, die beiden bereits in den frühen 1980er-Jahren entstandenen konkurrierenden Konzeptionen als eine Art Klammer zu nehmen, die gleichsam zur Grundlage für eine Neukonzeption humanitärer Politik im Iran-Irak-Krieg wurde. So kann sie zeigen, dass die internationalen Reaktionen auf irakische Giftgasangriffe vor allem auf die kurdische Bevölkerung in der Region, wie etwa die Einrichtung von »Safe Havens« oder Hilfskorridoren, sich aus Elementen und Versatzstücken beider Konzeptionen speiste. Mit dieser Deutung unterstreicht die Autorin einmal mehr die Verantwortung von Historiker:innen, Konzepte und Ereignisse stets in ihrer Brüchigkeit und Vielschichtigkeit zu analysieren und vor allem auch danach zu fragen, welche Rolle aus heutiger Sicht vermeintlich »gescheiterte« Initiativen für die jeweils betrachtete Gegenwart spielten.

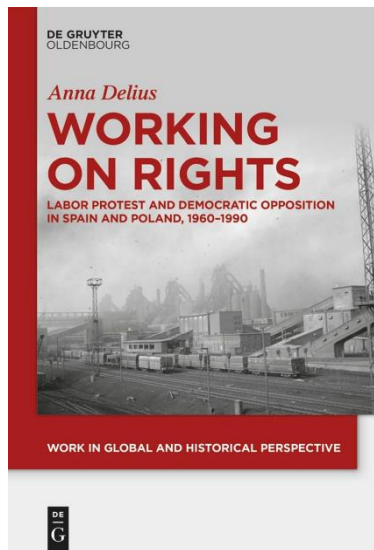
Zweitens beschäftigt sich Agnes von Bressensdorf intensiv mit den zahlreichen Akteuren internationaler Fluchtpolitik und humanitärer Hilfe. Es ist in der Forschung inzwischen *State of the Art*, dazu eben nicht nur staatliche Institutionen zu zählen, sondern ganz selbstverständlich auch internationale Organisationen, NGOs und sonstige zivilgesellschaftliche Netzwerke sowie prominente Einzelpersonen. Daher ist es einerseits verdienstvoll, dass die Autorin im zweiten Kapitel ihrer Studie versucht, in einer Art Vogelperspektive eine gewisse Ordnung in den Wust internationaler, transnationaler und lokaler Akteure im Mittleren Osten zu bringen. Sie unterscheidet insgesamt fünf Kategorien: internationale Hilfsorganisationen; Organisationen, die »radikalen Humanitarismus« meist in Form medizinischer Nothilfe leisteten; Gruppen, die ihre Hilfe als antiimperialistische, christliche oder islamische Solidarität rahmten; vornehmlich antikommunistisch orientierte Organisationen (hier werden von allem deutsch-afghanische Netzwerke in den Blick genommen); schließlich Netzwerke, die humanitäre Hilfe als Vehikel nutzten, um menschenrechtspolitische Themen auf die Agenda zu setzen (im Buch vor allem die kurdische Diaspora in Europa). Andererseits erscheinen die gewählten Kategorien doch recht allgemein (und gleichzeitig zu regionalspezifisch). Stellenweise wären weitere Binnendifferenzierungen (etwa zwischen antiimperialistischen und religiösen Gruppen) sinnvoll gewesen. Auch hätte die Forschungsliteratur noch weitere Ordnungskriterien hergegeben – Geschäfts- und Organisationsformen, Finanzierungsarten, Staatsnähe beziehungsweise Staatsferne – die unter Umständen den regionalen Fokus zu Gunsten einer etwas abstrakteren und analytischeren Sichtachse verschieben hätten helfen können. Dennoch gelingt es der Autorin, einen soliden Überblick über humanitäre Netzwerke im Mittleren Osten zu geben, was die Grundlage für die dritte Frageebene der Studie legt.

In den folgenden Kapiteln nimmt von Bressensdorf so *drittens* die konkreten Praktiken humanitärer Hilfe in Afghanistan, Pakistan, Iran, Irak und der Türkei in den Blick. Insbesondere im dritten Kapitel gelingt es ihr auf überzeugende Weise, die institutionellen Rivalitäten zwischen den verschiedenen NGOs und Diasporanetzwerken in Afghanistan und vor allem Pakistan herauszuarbeiten. Sie kann zudem die prekäre Aufgabe der internationalen Organisationen vis-à-vis den Regierungen akzentuieren und herausstellen, wie brüchig sich staatliche Souveränität angesichts der Gemengelage vor Ort oft darstellte. Das Kapitel zeigt auch sehr anschaulich, wie intensiv die damalige Bundesregierung sowie vor allem das Auswärtige Amt sich in die zunehmende Politisierung der Hilfsaktionen hineinziehen ließen (oder gar dieser Vorschub leisteten) und wie viele Steuergelder über NGO-Kanäle letztlich direkt in die Unterstützung von Kampfhandlungen in Afghanistan flossen. Auch im vierten Kapitel, das die durch den Iran-Irak-Krieg ausgelösten Fluchtbewegungen (vor allem in die Türkei) und die bis in die frühen 1990er-Jahre sehr übersichtlichen Reaktionen der internationalen Gemeinschaft darauf analysiert, gelingt es der Autorin zu zeigen, wie intensiv die verschiedenen Akteure mit den jeder humanitären Hilfe eingeschriebenen politischen sowie moralischen Asymmetrien kämpften und wie folgenreich der Konflikt zwischen staatlichen Souveränitätsansprüchen und menschenrechtsbasierten Hilfskonzepten vor allem für die zwischen mehreren Fronten eingeschlossenen kurdischen Geflüchteten war.

So gelingt es der Autorin zu zeigen, dass sich spätestens seit Ende der 1980er-Jahre (mit dem ausfransenden Ende des Kalten Krieges) auch die Regeln internationaler humanitärer Politik verschoben hatten. Die Welt hatte sich, das wird im fünften und letzten Kapitel noch einmal unterstrichen, gerade im Bereich Flucht und Humanitarismus zunehmend multi-lateralisiert und dadurch auch dezentriert. Es ist ein zentrales Verdienst des hier rezensierten Buchs, diesen Wandel systematisch nachvollzogen zu haben und dabei ganz verschiedenen Ideen, Konzepten, aber eben auch Akteursgruppen und ihren Praktiken wirklich umfassend und anschaulich Platz eingeräumt zu haben.

Zitierempfehlung

Heike Wieters, Rezension zu: Agnes Bresselau von Bressendorf, Eine Frage der Weltordnung. Flucht und humanitärer Interventionismus im Mittleren Osten 1979–1991, Wallstein Verlag, Göttingen 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82124.pdf>> [19.1.2026].



Anna Delius

Working on Rights.

Labor Protest and Democratic Opposition in Spain and Poland, 1960–1990

(Work in Global and Historical Perspective, Bd. 17)

De Gruyter Oldenbourg | Berlin/Boston 2024

387 Seiten, gebunden | 54,95 €

ISBN 9783110768855

reviewed by

Rubén Vega García, Universidad de Oviedo*

Taking on a challenging comparison, Anna Delius blazes a trail that has been left unexplored until now. Comparative perspectives of the social and political realities on both sides of the Iron Curtain have been infrequent, and such studies have tended to focus on differences, marked by antagonisms and by the dichotomy of a bipolar world order. These approaches were, moreover, inevitably tainted by ideological interferences, according to their specific affinities. Delius' book largely overcomes these limitations and addresses the East-West comparison through multiple and very substantial parallels. Once the duality imposed by the Cold War has been overcome, commonalities rise to the surface, revealing shared traits and similar conditioning between the two blocs. And while this approach has obvious limitations itself – there are differences that cannot be ignored – the analysis proves to be both feasible and largely fruitful.

The other undeniable value of Delius' research is her choice of protagonists. Despite their importance, they tended to be relegated in favor of other nations that succeeded better in consolidating their narratives and memories in the wake of the fall of the Berlin Wall and the collapse of communist regimes in Eastern Europe. Delius' choice is valuable both because it focuses on two semi-peripheral countries – Spain and Poland – and because it centers the workers' movements and its allies as subjects in social mobilizations and the extension of democratic consciousness under two apparently antagonistic dictatorships.

Delius brings the workers to the forefront, along with the organizations they built, the labor conflicts they were involved in, and the alliances they forged, analyzing this phenomenon in two ideologically opposed regimes that both prohibited freedom of association and the right to strike, with the obligatory framing of union structures under state control. Both Spain and Poland were governed by dictatorships that considered the class struggle to be defeated and concluded, and for this they forcibly inscribed the workers in what were little more than political

* Translated from Spanish by Luke Brown

structures for the control of the workers. The consequence – unintended but inevitable – was the political significance that labor disputes came to acquire and the resulting recourse to repression to quell them.

In these conditions, the workers organized from below and clandestinely fought the existing structures by exercising rights denied to them by the regimes. In this way, they were both victims of repression as well as primary actors in the struggle for freedom. And at certain moments they managed to push back against their governments: the favorable results obtained by *Comisiones Obreras* («Workers' Commission») in the 1966 trade union elections in Spain and, much more clearly, the victory by the *Solidarność* («Solidarity») trade union in Poland in 1980 were two of these moments. In general terms, the workers' movement acted as an engine of democratic demands and ended up being the architect of political transition. This central position allowed the workers' movement to gain support among the intelligentsia. Intellectuals linked themselves to workers' organizations, providing them with ideological coverage, media and propaganda services, legal advice, and so on. The book explores the alliances between workers and intellectuals, advances and repressive setbacks, as well as discourses and rhetoric employed in both contexts.

Paradoxically, Catholics and communists were the main protagonists of these processes in both countries, though with reversed roles. Neither Spain nor Poland, nor their transitions to democracy can be understood without attending to the Catholic Church and the Communist Party. However, in both cases, the grassroots must be differentiated from the official structures and their leaderships. Neither the hierarchy of the Church nor that of the Party were capable of encompassing – much less controlling – the actions of Catholics and Marxists, which makes a history from below indispensable here, to grab the complexity of contradictions. The communists were a democratic force in Spain but upheld the dictatorship in Poland. Meanwhile, anti-communism formed the basis for the political legitimization of the Franco dictatorship. In turn, the hierarchy of the Church was a fundamental pillar of the dictatorship in Spain, but an oppositional force in Poland. However, at the grassroots levels, both among the clergy and Catholic workers, there was a link to the workers' movement and, therefore, to the democratic opposition, which was quite similar in both cases.

This central role of the workers' movement in the aspirations for social and political transformation meant that the future was often imagined as some form of democratic socialism. This socialist horizon encouraged workers' struggles greatly in Spain and considerably in Poland, revealing frameworks of interpretation that apply equally in East and West. As Delius writes: »Democratic labor oppositions in Spain and Poland were both variants of emancipatory and democracy oriented social movements with global interconnections« (p. 7). In this respect, it is striking that the Polish workers' movement did not adopt an openly anti-communist tinge but contained within it genuinely socialist tendencies, albeit mostly detached from the Polish Communist Party, and some Marxist ideologues alongside other currents. In a coalition in which conservatives, Catholics, and socialists converged, the last were far from being a minority but were an influential part of the struggles and discourses. Precisely for that, the intellectual and workers' opposition to the Polish communist regime was able to claim to be authentically socialist in the face of a self-proclaimed workers' party and a so-called popular democracy that was neither democratic nor popular. This is an interesting aspect because the subsequent outcome – namely, the fall of the Berlin Wall and the collapse of the USSR – has diluted its memory.

Nothing similar happened in Franco's Spain, where there was no opposition that aimed to transform the regime to make it genuinely fascist. Nor were there calls to reform it. Instead, the anti-Franco workers' movement generally followed communist and to a lesser extent socialist or self-management-oriented ideology (anarchism – which had deep roots in the country – had by then entered into a deep crisis). As for the intellectuals with whom alliances were established, some can be labelled as Christian Democratic, while others leaned towards Marxism. However, the changes in the global scenario at the end of the 20th century have

marginalized also this socialist horizon and, with it, a large part of the Spanish democratic opposition to the dictatorship in the historical narratives.

Nor did the national question intervene in the same way in the Spanish case: nationalism was alien to the Spanish workers' movement because the Franco regime appropriated this discourse almost exclusively for itself. In contrast, the Polish opposition relied on a sense of nationalism that the communist government could not match, as its dependence on the Soviet neighbor was obvious and undermined the legitimacy of its ruling power. Recent catastrophic traumas weighed on the collective memories of both countries: the Spanish Civil War (1936–1939) and the Second World War (1939–1945). In relation to these traumatic pasts, the Communist Party of Spain had proposed, since the mid-1950s, a strategy of national reconciliation to overcome the divisions of the war, achieving notable successes in creating common spaces with democratic and working-class sectors of Catholicism outside the Church hierarchy. In contrast, the Polish United Workers' Party was questioned by the opposition as alien to the Polish nation because of its dependence on external forces and was therefore unable to achieve integration based on national identity.

Delius' book explores the practices and rhetoric of workers and their allies in the light of state repression and rights violations. Repression was always present, whether as a threat or as acts of violence that led to imprisonment or even death. But the workers' movement managed to turn the price it paid for confronting the dictatorship in its favor. Denouncing the repressive nature of their governments was a legitimizing factor for both oppositions. It was also a first-rate argument when it came to enlisting foreign solidarity. The position of both countries in their respective alliances made the solidarity shown by Western Europe and the US toward the Polish opposition more effective than the support that the anti-Francoism movement received, although the latter's importance was not negligible either, as demonstrated by the campaign to denounce the trial of the *Comisiones Obreras* leaders in 1974. The double target of the messages – aimed at the population itself, circumventing as much as possible censorship restrictions, as well as at external supporters – led to different emphases in the discursive constructions. Human rights did not acquire the same importance depending on the moment and the recipients. The author devotes considerable space to analyzing these differences in rhetoric.

The relationship between the workers' movement and intellectuals runs throughout the book and highlights similarities within the specifics of each process. In Spain, in the 1960s, the Communist Party formulated a policy of »Alliance of the Forces of Labor and Culture« that obtained appreciable progress in terms of support and militancy within intellectual circles. There was no equivalent formulation on paper in Poland, but, in practice, the link between intellectuals and the workers' opposition was closer and more decisive. The role played by the KOR (»Workers' Defense Committee«) and by the magazine *Robotnik* has no direct equivalence in Spain, for example. In the search for parallels, the author analyzes *Cuadernos para el Diálogo* and the *Boletín de Información Laboral*, later renamed *Gaceta de Derecho Social*, as press organs linked to the opposition. The first represents sectors of the Christian Democrats open to dialogue with the left, including communists; the second, the enormously important support of labor lawyers.

Among the legacies of these processes are two large trade union organizations. To this day, *Comisiones Obreras* (CCOO) remains one of the two largest trade unions in Spain, and *Solidarność* has maintained its hegemony over trade unionism in Poland ever since. Despite the verifiable parallels, direct relations between the two trade union movements have been weak in the past, and the few influences that can be perceived have flowed more from the Spanish context to the Polish one than vice versa. This is largely because the Spanish case preceded the Polish one chronologically, allowing it to serve as a point of reference for those who were attentive to the international scenario. The Spanish model of infiltrating official trade unions and the tactic of combining legal and illegal actions was known in Poland, but was not

applied to a comparable extent. In any case, the Spanish reference was present in the parts of the Polish intelligentsia organized in the KOR.

The comparison that shapes Delius' book is enormously enlightening precisely because it is unprecedented. It reveals the common substrates of that time. As the author tells us: »I conceive European processes on both sides of the Iron Curtain as ›variants‹ of global phenomena. [...] The Iron Curtain was indeed a real existing border [...] but it was not hermetic.« (p. 5)

Zitierempfehlung

Rubén Vega García, Rezension zu: Anna Delius, *Working on Rights. Labor Protest and Democratic Opposition in Spain and Poland, 1960–1990*, De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2024, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82125.pdf>> [19.1.2026].